

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Die neue Adermanniade.

Die bisherigen Versuche des Herrn Adermann und seiner Gesinnungsgenossen, an Stelle der durch den Liberalismus geschaffenen „Gewerbefreiheit“ die alten, aus dem Mittelalter stammenden Zwangseinrichtungen wieder in das gewerbepolitische Leben einzuführen, sind offenbar nur Fühler gewesen, die man ausgestreckt hat, denn erst jetzt sind Konervative und Zentrum offen mit ihren auf die Handwerkerfrage bezüglichen Absichten hervorgetreten.

Als Herr Adermann seinen Antrag durchsetzte, daß nur noch die Innungsmeister sollten Lehrlinge annehmen dürfen, vergaß man die Strafbestimmungen gegen etwaige Uebertretungen dieser Vorschrift. Es muß heute zweifelhaft erscheinen, ob man die Strafbestimmungen mit oder ohne Absicht vergessen hat, denn der neue, auf Abänderung der Gewerbeordnung bezügliche Antrag holt reichlich Alles nach, was damals versäumt worden ist. Wir sind sehr zu der Ansicht geneigt, daß der frühere Adermann'sche Antrag nur ein Vahndreher für den jetzigen war.

Diese Anträge tragen indessen nur aus Zufall den Namen des Herrn Adermann, weil dieser im Alphabet zuerst kommt; in Wahrheit sind diese Anträge keineswegs das persönliche Machwerk des Herrn Adermann, sondern sie sind der Ausdruck veralteter und reaktionärer, von der konservativ-ultramontanen Koalition angestrebter Gewerbegesetzgebung. Diese Herren lassen sich nun einmal nicht von der Meinung abbringen, daß, was früher, in längst verschwundenen Zeiten einmal wirksam und auch gut war, unter den veränderten Verhältnissen von heute ebenfalls wirksam und gut sein müsse. Sie glauben, die konservativen Innungsmeister von heute, seien die einzigen Repräsentanten des Handwerks. Man vergißt, daß das Handwerk von heute ein ganz anderes ist, als das Handwerk von ehemals. Der Handwerker von ehemals schuf eine ganze Arbeit; er verfertigte so ziemlich Alles, was zu seinem zu liefernden Stück erforderlich war. An Stelle dessen ist heute eine bis ins Kleinste gehende Theilung der Arbeit getreten; der Handwerker fertigt das von ihm zu verfertigende Stück einfach aus seinen Bestandtheilen zusammen, die ihm sämmtlich oder zum großen Theil von anderen Betrieben geliefert werden. Bei dem raschen und massenhaften Verbrauch von heute ist der Handwerker dazu genöthigt, der Besteller seiner Waaren kann heute nicht warten, bis die Waaren auf dem früheren Wege hergestellt sind. Die Konkurrenz mit dem Großbetrieb zwingt den Handwerker, rascher und billiger zu arbeiten und das ist die Ursache, die den Verfall des Handwerks herbeigeführt hat und immer noch fördert.

Als Mittel gegen diesen Zustand verlangen nun die Herren Adermann und Genossen, daß der Handwerker vor den Verwaltungsbehörden erst den Nachweis seiner Befähigung zu führen hat, wobei vom Bundesrath im Verordnungswege festgesetzt werden soll, wie viel Jahre Lehrzeit erforderlich sind, um diese Befähigung zu erlangen. Entschadet die Verwaltungsbehörde, daß die erforderliche Befähigung nicht vorhanden ist, so kann derjenige, an den ein solcher Bescheid ergeht, sein Gewerbe nicht selbstständig ausüben. Da haben wir also den ganzen mittelalterlichen Zwang in einer anscheinend modernisirten Form. Wir sagen anscheinend, denn es kann im Allgemeinen gleichgiltig sein, von wem dieser Zwang ausgeübt wird, wenn er einmal dekretirt ist.

Die Kritik, welche dem neuen Antrag Adermann von Seiten der liberalen Presse zu Theil wird, wiederholt fast nur die bekannten Gemeinplätze. Man weiß nicht recht, ob man es komisch oder traurig finden soll, wenn „freisinnige“ Preßorgane, oder gar die alte Wetterfahne, die „Magdeburgerische Zeitung“, nun von Eingriffen in die „Freiheit“ reden. Für die Presse dieses Schlages bedeutet wirtschaftliche „Freiheit“ doch ja nichts Anderes, als daß dem Großkapital gestattet ist, sich mit dem Cüßbogen Raum zu schaffen. Den reaktionären Bestrebungen der Adermann und Genossen gegenüber werden wir die Richter, Bamberger, Baumbach und Genossen einfach den Standpunkt der freien Konkurrenz, des reinen Manchesterismus vertreten sehen, jenes wüsten Systems, dessen naturnotwendiges Ziel die Vernichtung des selbstständigen Handwerkers ist.

Man sieht, das Handwerk an sich hat von diesen beiden Richtungen nichts zu hoffen, von denen die eine mit den veralteten Mitteln des Polizeistaats helfen will, die andere aber den tollsten Lärm erhebt, wenn der Nachwuchs des Großkapitals auch nur die geringste Schwierigkeit in den Weg gelegt wird. Da giebt es denn Leute, die in ihrer Rathlosigkeit gar nicht wissen, was sie von der Sache halten sollen und die sich dann damit trösten, daß das Handwerk immer noch einen breiten Boden einnehme, und daß der Entwicklungsprozeß des Großkapitals, der den Verfall des Handwerks bedingt, denn doch nicht so rasch vorwärts schreite, als vielfach angenommen werde. Das mag an sich richtig sein; der Umfang des Handwerks innerhalb unserer gegenwärtigen Produktionsform ist noch ungemain groß. Allein historisch aufgefaßt und nicht vom persönlich beschränkten Standpunkt des einzelnen Interessenten, schreitet die Entwicklung des Großkapitalismus, der Großproduktion mit einer Schnelligkeit vorwärts, gegenüber der die Siebenmeilenstiefel des bekannten Märchens lächerlich weit zurückbleiben. Sonach ist dieser Trost eben doch nur

ein schlechter für den, der im Stande ist, diese Sache von etwas höheren als den alltäglichen Gesichtspunkten aus aufzufassen.

Die Debatten über den neuen Adermann'schen Antrag werden nur das eine Neue bringen, daß Zentrum und Konervative es nun aufgeben werden, zu betonen, daß sie die „Gewerbefreiheit“ nicht beseitigen wollten. Wir kommen zur Zeit auf diese Sache zurück und wollen nur bemerken, daß Adermann von den Konservativen und Mousfang vom Zentrum den Vorsitz in der Arbeiterschutts-Kommission führen. Der neue konservativ-ultramontane Antrag ist ein nettes Proböhen davon, welchen „Schußes“ sich die Arbeiter von der konservativ-ultramontanen Koalition zu versehen haben.

Politische Uebersicht.

Die Diskussion über die Erhöhung der Kornzölle nimmt die gesammte Tagespresse immer mehr in Anspruch, je näher der Tag heranrückt, an dem die betreffende Vorlage den Reichstag beschäftigen wird. Die „Kölnische Zeit.“ schwärmt für die Erhöhung der Kornzölle, sie glaubt, selbst unter der Annahme, daß eine Vertheuerung der Brodpreise eintreten könne, sich für die geplante Erhöhung entscheiden zu müssen, denn — so schlussfolgert das Blatt — die Industrie ist bei uns in solchem Aufschwunge (!) und gerade sie hat die Arbeitslöhne in solchem Maße gesteigert (!), daß sie geradezu die Pflicht hat, für die Erhaltung der Landwirtschaft, der sie die Bühne verleiht hat, Opfer zu bringen, und zwar im Nothfalle viel größere, als ihr durch die Erhöhung der Getreidezölle auferlegt werden. Der Aufschwung der Industrie und das Niedergehen der Landwirtschaft haben nicht nur einen zeitlichen, sondern auch einen unheilbaren Zusammenhang, und wir vertrauen von unserer Industrie, daß gerade sie sich der Pflicht nicht entzieht, die sich aus dieser Thatsache ergibt. Die Besorgnisse, die der Staatssekretär v. Burchard bei der Staatsberatung äußerte, eine Erhöhung der Getreidezölle, besonders der Roggenzölle, könnte von der Demagogie zur Aufreizung der Bevölkerung verwendet werden, halten wir für sehr unbedeutend; dafür ist die Mehrheit für diese Hölle, die sich aus allen Parteien des Reichstages zusammensetzt, viel zu erdübend, ist das Verlangen der Landwirtschaft; viel zu allgemein und nur zu wohlgegründet. . . . Wir haben früher lebhafte Bedenken gegen Getreidezölle gehabt, weil wir eine Vertheuerung der Brodfrucht befürchteten; mit der Thatsache, daß diese Besorgnisse unbedeutend waren, mußten unsere Bedenken schwinden; zumal gegenüber der stetig sich verschärfenden Lage der Landwirtschaft, über deren Bedeutung für Staat und Nationalwirtschaft wir kein Wort verlieren. — Also, die Industrie ist in solchem Aufschwunge und hat die Arbeitslöhne in solchem Maße gesteigert, daß sie — soll wohl heißen, die industriellen Arbeiter — die Pflicht hat, der Landwirtschaft Opfer zu bringen! — Das ist denn doch in der That stark! Weiß denn die Kölnische nicht, daß die Arbeitslosigkeit Dimensionen angenommen hat, die selbst den eingeäscherten Manchestermännern arge Kopfschmerzen machen? Das

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur. (Fortsetzung.)

Es gehört keineswegs zu den Seltenheiten, daß wahrfinnige Verbrecher Spuren von Reue zeigen, und dies war für den Irrenarzt immer ein Zeichen, daß der Kranke seiner Censur entgegengehe. Friz hatte Garrid von vornherein nicht für einen unheilbaren Kranken gehalten, und so fand er den Anstrich der Reue bei ihm erklärlich.

„Treten Sie ein wenig näher an das Gitter heran,“ sagte Friz, „und reden Sie — ich höre.“

„Nein, nicht dort,“ antwortete Garrid trotzig, „wenn ich Ihnen vertraue, müssen Sie mir auch vertrauen. . . . Ich erzähle Ihnen Alles, was Sie wollen; aber Sie dürfen sich nicht vor mir fürchten. Nur hier drinnen will ich Ihnen Alles erzählen.“

Auf seine Forderung scheinbar eingehend, erwiderte Friz:

„Das wäre nicht klug von Ihnen, Garrid, wenn ich hineinkäme, so würden alle Ihre Genossen ihre Geständnisse hören.“

„Sie werden es nicht hören, wenn Sie hier drinnen sind,“ erwiderte Garrid beharrlich. „Sie hören Geoffrey's Geschichte an, und bekümmern sich nicht um Sie und mich.“

Ihre beharren zuweilen mit einem gewissen Eigensinn auf nebensächliche Dinge. Das war Friz bekannt, und er war überzeugt, daß er es hier ebenfalls mit solchem, dem Wahnsinn entsprungenen Eigensinn zu thun habe; andererseits aber hatte er doch große Bedenken, das Innere des Gitters zu betreten. Er überlegte einige Augenblicke, dann sagte er:

„Gut, ich werde hineinkommen!“ Er winkte dem Oberwärter und einem der anderen Wärter und theilte ihnen seinen Entschluß mit, das Innere des Gitters zu betreten.

„Herr Doktor,“ sagte der Oberwärter, „es ist gefährlich.“

„Ich sollte nicht meinen,“ sagte Friz; „Sie sehen, daß Alle durch Geoffrey's Erzählung in Anspruch genommen sind; ich würde also nur Gefahr zu befürchten haben von Seiten Garrids. Auf diesen allein hätten Sie also zu achten, und auch ihn fürchte ich nicht, denn er spricht jetzt ruhig und zeigt keine Spur von seiner damaligen Wildheit.“

„Jedenfalls werde ich die anderen Wärter vorher aufmerksam darauf machen, daß sie auf meinen Pfiff sofort zur Stelle sind,“ sagte der Oberwärter, und ohne daß es von Garrid, der mit argwöhnischen Augen die Unterredung zwischen ihm und dem Doktor beobachtet hatte, bemerkt wurde, flüsterte er einem seiner Kollegen, welcher auf dem Hofe auf und ab promenierte, einige Worte zu.

Darauf öffnete er eine der Gitterthüren und trat mit Friz und einem zweiten Kollegen ein, die Thür hinter sich ins Schloß werfend.

Die auf dem Rasen sitzenden Irren beachteten die Eintretenden gar nicht, wenigstens bemerkten diese nicht den Ausdruck boshaften Triumphs, der hier und da verflohen auf sie gerichtet wurde, und Geoffrey drehte ihnen den Rücken zu und würdigte sie keines Blicks. Dieser Bitterläufig hatte zwei Thüren und zwar an jeder der beiden längeren Seiten des Biercks, zu dem Zwecke, daß die Wärter leichter eintreten konnten, wenn es nöthig war, und nicht erst, wenn sie an einer Seite des Gitters waren, nach der andern Seite röhlig hatten, herumzugehen, um die Thür zu erreichen. Friz schritt unerschrocken und fest auf Garrid zu, der fern von seinen Genossen mit verschränkten Armen da stand, ihn erwartend. Die beiden Wärter folgten ihm und blieben auf einen Wink Robenburg's so weit entfernt stehen, daß sie die Unterredung nicht belauschen konnten, weil er annahm, daß Garrid mit ihm allein zu unterhandeln wünsche, und weil er fürchtete, durch die Anwesenheit der Wärter sein Mißtrauen auf's Neue zu reizen.

„Der Doktor trat in Begleitung zweier Wärter in den Hof,“ erzählte eben Geoffrey. „Als er durch die Thür

trat, blieb er argwöhnisch stehen, so wie ich es Euch hier vormache.“

Er verließ seinen Platz und stellte sich an eine der eisernen Thüren, deren Stäbe er hinter sich mit den Händen erfaßte. Niemand bemerkte, daß er diese Bewegung benutzte, um in das Schlüßelloch eine Anzahl der kleinen Steinchen zu stecken, welche er in seiner Tasche verborgen hatte.

„Der ihn begleitende Wärter war eben so mißtrauisch,“ fuhr Geoffrey fort; „er stellte sich an die andere Thür. . . so?“

Er begleitete diese Worte mit demselben Manöver, wie vorher.

Er stellte sich an die andere Thür und praktizierte mit großer Geschicklichkeit auch in dieses Schlüßelloch seine Steinchen. Dann erzählte er weiter:

Der Tiger lag immer noch ruhig und beachtete weder den Doktor, noch seine Begleiter. Da endlich faßte der Hofarzt Muth und ging langsam und vorsichtig der Bestie einen Schritt näher. —

„Sie wollen wissen,“ sagte Garrid, Robenburg anredend, „wer das Kind gewesen, daß ich in diese Anstalt brachte. . . . Ich sagte Ihnen, daß ich keins hierher gebracht habe.“

„Das sagten Sie,“ antwortete Friz, „und ich weiß, daß Sie damit eine Unwahrheit aussprachen. Sind Sie jetzt gewillt, mir die Wahrheit zu sagen?“

„Ja, das will ich; ich wollte es damals nicht, weil ich Sie für einen Spion hielt. Jetzt will ich Alles sagen.“

Garrid begleitete diese Worte mit einem boshaften Grinsen, das in der That nicht geeignet war, Vertrauen zu erwecken, und das Friz auch wirklich einigermaßen unruhigte. Er hielt es deshalb für gut, einige begütigende Worte vorzusprechen.

„Sie nannten mich damals einen Spion und glaubten, ich thäte die Frage nur, um von Ihnen ein Geheimniß herauszubringen, das Sie bewahren wollen; aber ich bin kein Spion.“

„Wirklich nicht?“ fragte Garrid, indem er höhnisch

edle Blatt brachte selbst vor einigen Monaten einen Artikel, der darauf hinwies, daß es im deutschen Reiche 200 000 Bagabonden gäbe, und sicherlich hat sich diese Zahl inzwischen nicht verringert. In der Arbeitslosigkeit wurzelt aber die Bagabondage; woher nimmt das sog. „Weltblatt“ also die Nachricht von dem Aufschwunge der Industrie und der Steigerung der Arbeitslöhne? Nun fällt aber ganz besonders der Umstand ins Gewicht, daß die Arbeitslosen ebenso gut den höheren Broddpreis zahlen müssen, wie die in Arbeit Stehenden; das sog. liebe Brod kann auch der Allerärmste nicht entbehren und es gehört eine dreifache Stütze dazu, auch noch von den Arbeitslosen ein Opfer für die „Landwirtschaft“ — soll wohl heißen für die Agartier? — zu verlangen. Daß die Erhöhung der Kornpreise überhaupt nur einem verhältnismäßig sehr kleinen Bruchtheil der Bevölkerung zu Gute kommt, lehrt ein Blick auf die Reichsstatistik. Nach dieser beträgt die Gesamtzahl der Angehörigen der Landwirtschaft, Jagd, Fischerei u. s. w., 42,5 Prozent aller Erwerbsthätigen. Davon sind jedoch nur 16,5 Prozent selbstständige Landwirthe. Aber auch unter diesen selbstständigen Landwirthen giebt es eine große Anzahl, die kaum genug für den eigenen Bedarf baut, mithin ist die Zahl derjenigen, welche wirthliche Vortheile vom Kornzoll haben werden, eine so winzige, daß sie gegenüber der ungeheuren Anzahl der übrigen Erwerbsthätigen fast vollständig verschwindet. Diese Thatsache läßt sich nicht verwischen, und alle Gegenargumentationen können dieselbe nicht aus der Welt schaffen. Nachdem die Erfindung Gutenbergs dahin geführt hat, daß auch der Arbeiter sich über Schein und Wirklichkeit informieren kann, ist es unmöglich geworden, dauernd mit Täuschungen zu operiren. Und wenn heute die gesammte sog. gutgenannte Presse der Welt verkündet, daß die Erhöhung der Getreidezölle das Brod nicht vertheuert, so verfehlt das diesbezügliche Geschrei vollständig seinen Zweck. Niemand glaubt es mehr und — davon sind wir überzeugt — die Schreier glauben es selbst nicht.

Der neueste Antrag der Konservativen und des Zentrums zur Gewerbeordnung entspricht — so schreibt der konservativer „Hamb. Korresp.“ — einem, namentlich auf konservativer Seite lang gehegten und oft geäußerten Wunsch. Es ist indessen nicht gerade wahrscheinlich, daß diese Forderungen, namentlich die Einführung des Befähigungsnachweises, Geheer werden. Es ist schon sehr zweifelhaft, ob im Reichstag sich für so weitgehende Bestimmungen eine Mehrheit finden wird. Der berühmte Lehrlingsparagraf ist bekanntlich nur mit äußerster geringer Mehrheit von ein paar Stimmen durchgegangen. Bei dem neuen Antrag aber fehlt die Reichspartei ganz, und auch von den Konservativen und dem Centrum haben sich viele, offenbar absichtlich, fanggehalten. Aber auch wenn im Reichstag eine Mehrheit für den Antrag sich finden sollte, so wäre an die Zustimmung des Bundesraths schwerlich zu denken. In diesen Gewerbe- und Innungsfragen sind die Regierungen notorisch besonders vorsichtig und wenig zu tief eingreifenden Experimenten geneigt. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der neue Befähigungsparagraf bisher noch in keinem einzigen Falle praktisch zur Anwendung gekommen ist.

Zur Kongofrage. Dem Könige der Belgier wird von der Association Africaine nach deren Anerkennung durch die Großmächte der Titel eines erhabenen Schutzherrn derselben angetragen werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Anlaß genommen, das Verhalten ihrer Bevollmächtigten zur Westafrikanischen Konferenz dahin zu erläutern, daß dieselben nicht befügt seien, an politischen Verhandlungen weitgehender Konsequenz sich aktiv zu betheiligen, sondern die Diskussionen zu verfolgen, um vielleicht handelspolitische Vortheile daraus zu ziehen. Als Grund einer Beschränkung der Konferenz seitens der Vereinigten Staaten wird angeführt, daß dieselben die Association Africaine zuerst von allen Mächten anerkannt haben, über sechs Millionen Neger, deren eigentliches Heimathland Afrika sei, zu Bürgern haben, und das westafrikanische Gebiet hauptsächlich von einem Amerikaner erforscht worden sei.

Zur Südpazifikpolitik der englischen Kolonien in Australien schreibt die „Nordd. Allg. Zig.“: Die mit letzter Post aus Australien eingetroffenen Zeitungen melden, daß das Parlament der Kolonie Neu-Seeland eine Summe von 1500 Pfund bewilligt hat, um eine zwischen Australien und der Samoa-Tonga-Gruppe einzurichtende Postdampferverbindung zu subventioniren. Für die Zukunft steht die Bewilligung weiterer Geldsummen bevor, da die Regierung von Neu-Seeland bereits ihre Absicht erklärt hat, jährlich 5000 Pfund für die Einrichtung einer regelmäßigen Dampferverbindung zwischen neu-seeländischen Häfen und Tonga, Samoa und Tahiti aufzuwenden, wobei sechs Rundreisen im Jahre vorgesehen sind. Der Zweck dieser Maßregel ist sowohl ein kommerzieller, als ein politischer. In kommerzieller Beziehung soll versucht werden, durch Herstellung einer besseren Verbindung mit Neu-Seeland der bis jetzt überwiegenden deutschen Konkurrenz auf Samoa und Tonga entgegenzutreten. In politischer Beziehung hofft man durch eine engere Verknüpfung der Südpazifikinteressen mit Australien, wo schon ein Hauptstich der Agitation für weitere eng-

lisch-australische Annerkennung in Polynesien vorhanden ist, einen maßgebenden Einfluß in Samoa und Tonga zu gewinnen. Nachdem die englische Regierung im vorigen Jahre sich durch das Drängen von Queensland und Victoria hat bestimmen lassen, von dem größeren Theile Neuguineas nebst angrenzenden Inseln Besitz zu ergreifen, kann es nicht Wunder nehmen, wenn die Neuseeländer erwarten, daß sich auf ähnliche Weise auch eine Ausdehnung der englischen Herrschaft auf den östlichen Theil der Südsee wird erreichen lassen. Die Kolonie beginnt, sich auf diese Eventualität bereits einzurichten, und scheint entschlossen, die dafür notwendigen finanziellen Opfer zu bringen. — Einer telegraphischen Nachricht zufolge ist die englische Flagge bereits auf den Luistaden, den Woodlark-, Huongolf- und Entrecasteaux Inseln gehißt worden.

Zur Kolonialpolitik läßt sich der „Hamb. Korresp.“ aus Berlin telegraphiren: „Es verlautet, daß das Centrum und ein Theil der Deutsch-Freisinnigen gegen Alles stimmen wird, was Kolonialpolitik betrifft. Welches Schicksal unter diesen Umständen die Dampfersubventionsvorlage schließlich haben wird, ist augenblicklich noch nicht abzusehen. In nächstbeliebigen Kreisen rechnet man bereits bestimmt auf die Annahme der Dampfersubventionsvorlage. In den Kreisen des „Norddeutschen Lloyd“ herrscht große Niedergeschlagenheit. Die Hoffnungen dieser Gesellschaft, Vortheil aus den neuen Dampferlinien, namentlich aus der ostafrikanischen zu ziehen, dürften sich nicht realisiren, nachdem sich hier ein Konsortium namentlich aus der großen Finanzwelt gebildet hat, welches diese Linie in die Hand zu nehmen wünscht und allem Anschein nach hoher Protektionen sich zu erfreuen hat.“ — Sollte die Anspielung auf den Bremer „Nord Lloyd“ vielleicht ein kleines Konkurrenz-Manöver sein?

Dem Bundesrath ist eine Ergänzung zu dem Entwurf des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1885/86 zugegangen. Bei den fortbauenden Ausgaben treten hinzu bei den Gesandtschaften und Konsulaten 96 000 Mark, bei den einmaligen 152 000 Mark für das auswärtige Amt und 10 000 Mark für die Verwaltung des Reichsheeres. Die Ausgaben für das Reichsheer werden erfordert zur Verlegung des Kuller Kadettenhauses nach Stolp in Pommern und für den Neubau eines Kadettenhauses daselbst zur Projektbearbeitung, die Ausgaben für das auswärtige Amt für Besoldungen in den überseeischen Schutzgebieten Kamerun, Toga und Angra Pequena und zur Errichtung von Dienstgebäuden nebst Wohnräumen für die Beamten in Kamerun, Toga und Angra Pequena.

Kriminal-Statistik. Das „Justiz-Ministerialblatt“ veröffentlicht eine Nachweisung der Gesamtzahl der während der Etatsjahre 1881/82, 1882/83 und 1883/84 detinirt gewesenen Gefangenen mit einer Erläuterung aus der Feder des Geh. Ober-Justizraths Dr. Starke, welche u. A. folgende Mittheilungen enthält: Die Gesamtzahl der im Laufe der betreffenden Etatsjahre detinirt gewesenen Gefangenen aller Kategorien betrug 1881/82 620 404 Köpfe, 1882/83 583 161, 1883/84 547 930, sie ist also in zwei Jahren um 72 474 oder 11,7 Prozent heruntergegangen. Auch die durchschnittliche Tagesbelegung ist von 32 698 über 31 535 auf 27 760 Köpfe, also um 15,1 Prozent gesunken. An dieser Abnahme sind alle Gefangenenkategorien betheiligt, insbesondere ist die Zahl der Untersuchungsgefangenen von 143 715 auf 131 500, die der Strafgefangenen mit Gefängnißstrafe von 307 490 auf 265 476, die der zur Haft verurtheilten Strafgefangenen von 167 974 auf 133 679 herabgegangen. Allerdings müssen 16 084 im Jahre 1883/84 separat gezählte Polizeigefangene zu den für dieses Jahr ermittelten Untersuchungs- und Haftgefangenen zugechnet werden, wenn man Vergleiche anstellen will, denn in den betreffenden Zahlen der früheren Jahre sind alle dergleichen Polizeigefangenen mit eingerechnet. Immerhin aber ist die Abnahme bedeutend genug, um den Schluß zu rechtfertigen, daß die Zahl der Untersuchungs- wie der Strafgefangenen in erheblicher Abnahme begriffen ist. Für die Gefängnisse des Kammergerichtsbezirks allein ergibt sich allerdings eine bedeutende Zunahme der Untersuchungsgefangenen von 1881/82 zu 1882/83 (20 422 zu 24 063), die durch die spätere Abnahme in 1883/84 (22 332) noch nicht gedeckt ist, dagegen haben die Zahlen der zu Gefängnißstrafen verurtheilten (40 698—38 071—34 516), der zu einfacher Haft verurtheilten (6931—6629—6463), sowie der zu qualifizirter Haft aus § 361 Nr. 3 bis 8 Str. G. B. verurtheilten Strafgefangenen (11879—11135—8729) konstant abgenommen. In einzelnen Bezirken beträgt die Abnahme der zur Haft verurtheilten Strafgefangenen über 30 Prozent, in Köln sogar 55,6 Prozent.

Riel, 20. Januar. Wie verlautet, wird seitens der Kaiserlichen Werft erwogen, in Kamerun Landbesatzungen einzurichten. Es heißt, man beabsichtige einige unserer alten austragierten Korvetten dortselbst als Hulls für diese Mannschaften später in Verwendung zu nehmen. (Rheinisch-Westfälische Zeitung.)

Belgien.

Die Verathung des Militär-Etats gab den Merikalen in der Deputirtenkammer Veranlassung, die Offiziere der Armee

Ein tiefer Seufzer rang sich aus der Brust des wahn-

„Unmöglich, Doktor, Sie lügen!“ rief er. „Elsbeth flucht mir!“

„Nein, Elsbeth flucht Ihnen nicht! Sie bellagt ihren Gatten, und in ihrer Verärgerung wird sie dahin sterben. — Lassen Sie ihr wenigstens den Trost, daß ein Theil des Unheils, das Sie anrichtet, wieder gut gemacht ist.“

„Sie wissen, daß Elsbeth um mich weint?“ wiederholte Garrick und packte den Arm des Doktors so fest, daß er fast ausschrie. Indessen diese furchtbare Erregtheit verursachte ihm keine Beforgniß, er erkannte darin einen Lichtblick der Erinnerung, ein Aufflackern der Vernunft.

„Sie flucht ihrem Manne nicht, fuhr Fritz fort, „weil er ein Mörder wurde.“

„Ja, wer sagt, daß ich ein Mörder bin?“ rief er plötzlich. „Doktor, ich will Ihnen etwas sagen, ein Geheimniß — sagen Sie es Elsbeth . . . aber Niemandem, Niemandem sonst. Kein Mensch auf der Welt darf es wissen, als Elsbeth . . . Sagen Sie ihr, daß Bet Garrick kein Kind ermordet hat. — Schwören Sie, Doktor, daß Sie es Niemandem sagen!“

„Ich werde Sorge tragen, daß Ihre Elsbeth es erfährt und die Versicherung wird ihre Thränen trocken.“ antwortete Fritz in höchster Spannung, indem er ihn aber zugleich sorgfältig beobachtete, ob das, was er sagte, wieder im Wahnsinn gesprochen, oder ob seine Seele während dieser kurzen Momente erleuchtet blieb durch den Strahl der Vernunft.

„Das Kind lebt,“ fuhr Garrick fort, „um welches die unglückliche Mutter weint, wie Sie sagen. Geben Sie es ihr zurück und sagen Sie Elsbeth, daß mein Verbrechen gut gemacht ist . . . Elsbeth soll mir nicht fluchen . . . Thun Sie das, Doktor . . . Ja, Sie dürfen nicht sterben, Sie müssen leben bleiben, Doktor, damit Sie das Alles Elsbeth sagen können. — Man soll Sie nicht morden!“

„Das ist Wahnsinn!“ dachte Fritz.

Die Hoffnung, welche er geschöpft, daß er in einem lichten Augenblicke die erwünschten Aufschlüsse erhalten

so bestig anzugreifen, daß selbst der Kriegsminister Protest erhob. Man beschuldigte sie, als „Freimaurer-Attheisten“ einen schlechten Einfluß auf die Soldaten zu üben, sah nur in dem religiösen Wirken der Priester die Rettung der Armee und mahnte die Regierung, den Soldaten das Stimmrecht zu entziehen. Es wurden nicht minder tüchtige Angriffe auf alle möglichen Einrichtungen der „populären“ Armee gemacht; der Kriegsminister sagte alle Anträge zu, und schließlich wurde der Etat genehmigt.

Franreich.

In Frankreich hat am Sonntag für das Arrondissement (Vonne-Departement) eine Erbschaftsurtheilung stattgefunden. Diese Erbschaftsurtheilung ist bemerkenswerth, als im Gegensaatz zu den früheren Urtheilungen in demselben Wahlkreise der republikanische Kandidat nur eine verhältnismäßig geringe Stimmenzahl erhielt. Auf dem republikanischen Wahlzettel waren 8780 Stimmen während der Monarchie die Fontaine 6715 Stimmen. Bei der vorigen Wahl wurde dagegen der Republikaner Guichard mit 12679 Stimmen gewählt, ohne daß die Republikanisten auch nur einen Kandidaten aufgestellt hatten. — das wiederum ein Zeichen, daß das französische Volk die republikanische Regierung nicht bis an's Ende über sich sieht. Die jetzige republikanische Regierung hat trefflich verstanden, die Republik in Miskredit zu bringen, wenn eines guten Tages ein Präsident, angeführt von einem großen Stiefeln Napoleon's, dieser Republik den Rücken kehrt, so dürfte er seinen großen Ruhm finden.

Rußland.

Der „Regierungsanzeiger“ enthält einen Kaiserlichen Erlass, in welchem es heißt, daß es für das Wohl des Reiches in der Ausführung der von dem Kaiser Alexander II. angeordneten Vergeltung der Zahl der Grundbesitzer im westlichen Gebiete und zur Befreiung dieser Absicht entgegenstehenden Hindernisse ein Verordnungs-Vertrag zu erlassen, durch welches die bezüglichen bestehenden Bestimmungen bekräftigt und ergänzt werden. Bestimmungen des dem Kaiserlichen Ullas beigefügten Verordnungs-Vertrages sind, daß in den Gouvernements Wilna, Minsk, Poljznan, Wlilna, Komno, Grodno, Witebsk, und Minsk ländlicher Grundbesitz an Personen polnischer Abkunft weder in Verlas, noch in Arrende gegeben werden. Aktien-Gesellschaften und Genossenschaften können der Zukunft nur 200 Dessjätinen Land erwerben.

Ägypten.

Der gegenwärtig vor dem Appellhofe in Alexandria hängige Prozeß der Staatsschulden-Kommission gegen die ägyptische Regierung hat zu einem bemerkenswerthen Beschlusse Veranlassung gegeben. In Folge von Indiscretionen, namentlich, wie man der „Polit. Kor.“ meldet, zur Veranlassung englischen und diplomatischen Agenten Sir Coelyn Langat, daß der Verteidiger der ägyptischen Regierung, Bey, zur Entlastung seiner Klienten den Beweis zu erbringen beabsichtigt, daß die Regierung des Khedive einer ungesetzlichen Prozeß der englischen Regierung zu weichen gezwungen war, demnach nach dem Gesetze die englische Regierung allein schuldige anzusehen sei. Daraus beziele sich Sir Coelyn Varing, das entscheidende Veto dagegen einzulegen. Der Appellhof hat die Verteidigung der ägyptischen Regierung abgelehnt. Die Regierung des Khedive hat die Kosten der Rechnung getragen und Porelli Bey die in seinem Namen gerichtlichen, auf den Prozeß bezüglichen Aktenstücke zu überlassen. (1)

Dem Reuterschen Bureau wird von seinem Korrespondenten aus Abuket Billis vom 17. d. Mts. gemeldet: Ein Kolonne unter dem Obersten Stewart traf gestern bei von Abuket Billis ein und fand die das Terrain besetzenden Stellungen von etwa 10 000 Mann indischer Infanterie früh ging die englische, etwa 1200 Mann starke, Kavallerie in Karre formirt, gegen den Feind vor, welcher einen Angriff überging und auf einige Augenblicke das Terrain besetzte. Die englischen Truppen schlossen sich alsbald wieder an und richteten ein verheerendes Feuer gegen den Feind, welches schließlich mit einem Verlust von 1200 Todten und 1000 englischen Truppen verloren an Todten 9 Offiziere, Oberst Burnaby, und 65 Mann; an Verwundeten 1000, darunter die Lords St. Vincent und Kille, und 1000 Mann. Dem Obersten Stewart wurde das Pferd getödtet, er wurde unversehrt. Die englischen Truppen besetzten die bisher vom Feinde innegehabten Positionen. Oberst Burnaby wird unverwundet auf Retramme weiter vortücken. Dem Obersten Stewart wurde das Pferd getödtet, er wurde unversehrt. Die englischen Truppen besetzten die bisher vom Feinde innegehabten Positionen. Oberst Burnaby wird unverwundet auf Retramme weiter vortücken. Dem Obersten Stewart wurde das Pferd getödtet, er wurde unversehrt. Die englischen Truppen besetzten die bisher vom Feinde innegehabten Positionen. Oberst Burnaby wird unverwundet auf Retramme weiter vortücken.

Parlamentarisches.

Die Subkommission für die Verathung des Dampfersubventionsgesetzes hat folgenden Antrag an den Senat zur Annahme empfohlen:

„Ich werde Sorge tragen, daß Ihre Elsbeth es erfährt und die Versicherung wird ihre Thränen trocken.“ antwortete Fritz in höchster Spannung, indem er ihn aber zugleich sorgfältig beobachtete, ob das, was er sagte, wieder im Wahnsinn gesprochen, oder ob seine Seele während dieser kurzen Momente erleuchtet blieb durch den Strahl der Vernunft.

„Das Kind lebt,“ fuhr Garrick fort, „um welches die unglückliche Mutter weint, wie Sie sagen. Geben Sie es ihr zurück und sagen Sie Elsbeth, daß mein Verbrechen gut gemacht ist . . . Elsbeth soll mir nicht fluchen . . . Thun Sie das, Doktor . . . Ja, Sie dürfen nicht sterben, Sie müssen leben bleiben, Doktor, damit Sie das Alles Elsbeth sagen können. — Man soll Sie nicht morden!“

„Das ist Wahnsinn!“ dachte Fritz.

Die Hoffnung, welche er geschöpft, daß er in einem lichten Augenblicke die erwünschten Aufschlüsse erhalten

lönne, sank wieder in Nichts zusammen, denn die Worte deuteten klar auf den rückkehrenden Wahnsinn.

„Retten Sie sich, Doktor! schrie Garrick. Sie aus den Klauen des Tigers! . . . Sie werden erwürgt werden!“

„Auch einem Kranken und im Kerker gefesselt sagte Geoffroy, in seiner Geschichte fortzufahren, nicht ungestrast nahen, noch sterbend erwürgt werden.“

Wie elektrisirt fuhren alle Hörer der Rede auf dem Boden empor.

„Mit einem gräßlichen Geschrei, einem Schreie, schrie er, stürzten sie sich auf den Doktor. Die kühnen Hände Macnaughtons streckten sich gegen das Opfer aus, um sich zu dem gräßlichen Halbtod zu werfen, mit dem er ihn erdroffeln wollte. . . . er melde er zurück, von einem furchtbaren Schicksal getroffen. — — —

Garrick fand zwischen der wilden Meute ein Opfer.

„Zurück, sagte ich, oder Ihr Leben wird ein Opfer.“

„Einen Augenblick stutzte die Meute, aber die Wuth stürzte sie sich auf den Doktor und schrie: Tödtet ihn!“

Der Angriff war so plötzlich, so unerwartet, daß die Wärter außer Stande waren, hinzu zu kommen. Sie waren durch die anstürmenden Wahnsinnigen den Nordwesten lagen blutend auf dem Boden.

Das erinnerte die Mörder, daß noch andere ihrer Hände befaßt waren; ein Theil von ihnen auf die Wärter.

Wie ein Anäuel wälzte sich die Masse auf den Boden. Mit übermenschlicher Kraft, welche ihnen die Wuth und der Kraft des Wahnsinns gewachsen.

§ 1. und Unle- dungen; Australier Jahren an- engeten e und in d- zum höch- Reichsmit- § 2. Anlage 7 bedürfen rals. Die Zahlunge- Reichshau- § 3. Reichshau- Die weilt, fin- australisch die auf d- Dampfer- richtung- mindest- Die ein- schen We- der Regi- ungericht- Konabsch- flage zu- enigentlich die Fahrt- sowie die Unterneh- auf dem- kann die- auf schne- lin, den- — — — im Bericht § 17 a ein- Staat, fo- der Klär- des Staat- lange An- Deutschen- Deutsche- solchen V- Zur Beg- Bundesst- nicht zum- achtet und- Schuldne- Vorgänge- fremder L- lichen Be- fährden, h- hlung- gegenzutr- gende G- dem im G- Gedanken- züglich d- Vorchrift- selbst un- verleiht.“ — — — jugend- richtszwe- minister- der Zukun- inniger g- wird auf- gewerdlic- gewiesen. welche si- schulen re- Ein Wenige- so rasche- gehabt, eine über- ist eine 5- zahl 120- zahl sich- stehende- von Lau- Di- gerufen. der The- diesen i- Steinch- Wi- Mannes- gelodt, rächen; häcker Mit sei- Arztes! — — — Ed- da erst- eine der- M- Angreif- Schläge- dem M- terei He- An- Blute. Oberwä- Fritz A- schmette- Be- ihre Ze- in Aufsi- herbeigt- waren- man zu- Hoffnurr- andere- Fr- brachte- auch 1- Lager. — — — der Chi- ersichtlich

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiff-Verbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie Australien und Afrika andererseits auf eine Dauer bis zu 15 Jahren an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Subvention, einzeln oder zusammen, zu übertragen und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihilfe bis zum Höchstbetrage von 5 000 000—5 400 000 M. jährlich aus Reichsmitteln zu bewilligen.

§ 2. Die im § 1 bezeichneten Verträge müssen die in der Anlage zusammengestellten Hauptbedingungen enthalten und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundesraths. Die Verträge, sowie die auf Grund derselben geleisteten Zahlungen sind dem Reichstage bei Vorlage des nächsten Reichshaushalts mitzulegen.

§ 3. Die nach § 1 zu zahlenden Beiträge sind in den Reichshaushaltsetat einzustellen.

Die Hauptbedingungen, auf welche der obige Antrag hinweist, sind folgende: Die Fahrten auf der ostasiatischen und australischen Linie müssen mindestens von je 4 zu 4 Wochen, die auf der afrikanischen in je einem Monat stattfinden. Die Dampfer müssen in ihren Personen- wie Güterbeförderungseinrichtungen denen anderer Nationen nicht nachstehen. Sie müssen mindestens eine Fahrgeschwindigkeit von 11 1/2 Knoten haben. Die einzustellenden neuen Dampfer müssen möglichst auf deutschen Werften gebaut sein und vorher von Sachverständigen der Regierung auf ihre Tauglichkeit geprüft werden. Für ungeschickte Verzögerungen treten entsprechende Subventionssätze in Kraft. Die Dampfer führen die deutsche Postflagge und befördern die Post nebst etwaigen Begleitern unentgeltlich. Zwölf Monate nach Abschluss der Verträge haben die Fahrten zu beginnen, für deren regelmäßige Einhaltung sowie die sonstige Erfüllung aller Vertragsverbindlichkeiten die Unternehmer eine Kaution stellen. Erweisen den Unternehmern aus dem Betriebe dieser Linien dauernd größere Gewinne, so kann die Regierung den Unternehmern größere Leistungen, z. B. auf schnellere oder vermehrte Fahrten u. s. w. auferlegen. Berlin, den 21. Januar 1885.

— Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, im Gerichtsverfassungsgesetz hinter dem § 17 folgenden neuen § 17a einzustellen: „Ein nicht zum deutschen Reich gehörender Staat, sowie das Oberhaupt eines solchen Staates unterliegen der inländischen Gerichtsbarkeit nicht. Auf Familienglieder des Staatsoberhauptes findet die vorstehende Bestimmung so lange Anwendung, als sie sich in Begleitung desselben im deutschen Reich aufhalten. Das Gleiche gilt von den zum Hofe des Staatsoberhauptes gehörigen Personen und von solchen Bediensteten desselben, welche nicht Deutsche sind.“ — Zur Begründung wird bemerkt: „Es haben Gerichte mehrerer Bundesstaaten in einer Reihe von Fällen den Reichsweg gegen nicht zum deutschen Reich gehörige Staaten für statthaft erachtet und es sind unter anderem gegen solche Staaten als Schuldner oder Dittschuldner Arrestbefehle erlassen worden. Vorgänge dieser Art, durch welche in die Souveränitätsrechte fremder Mächte eingegriffen wird, sind geeignet, die freundlichen Beziehungen des deutschen Reichs zu denselben zu gefährden, und es erscheint daher geboten, einer Wiederholung solcher Fälle in wirksamer Weise entgegenzutreten. Dessen Bedürfnisse soll der vorliegende Gesetzentwurf Rechnung tragen. Derselbe“ — teilt dem im Gerichtsverfassungsgesetz stillschweigend vorausgesetzten Gedanken Ausdruck, indem er den in den §§ 18 bis 20 bezüglich der Personen mit diplomatischem Charakter gegebenen Vorschriften auch im Verhältnis zu dem ausländischen Staate selbst und dem Oberhaupt eines solchen formale Geltung verleiht.“

— Dem Abgeordnetenhaus ist die Denkschrift zugegangen, welche die Ueberweisung des gewerblichen Unterrichtswesens und der kunstgewerblichen Anstalten vom Kultusministerium an das Handelsministerium damit motiviert, daß der Zusammenhang dieser Anstalten mit dem Gewerbe wesentlicher sei als derjenige mit dem Unterrichtswesen. Ferner wird auf den Zusammenhang der gewerblichen und kunstgewerblichen Produktion mit dem Ausfuhrhandel hingewiesen. Die Zahl der preussischen Unterrichtsanstalten u., welche auf das Handelsministerium übergehen, beträgt 58, an welche sich noch die sämtlichen sogenannten Fortbildungsschulen reihen.

Kommunales.

Ein gerechtes Verlangen der Bewohner Moabits. Wenige Stadttheile Berlins haben in den letzten Jahren ein so rasches Wachstum an Menschen und Häusern aufzuweisen gehabt, als der Stadtteil Moabit, der bekanntermaßen auch eine überaus fleißige Arbeiterbevölkerung in sich schließt. Es ist eine Thatsache, daß in den letzten 5 Jahren daselbst 100 bis 120 neue Häuser erbaut worden sind und die Einwohnerzahl sich um nahezu 10 000 vermehrt hat. Die nahe bevorstehende Eröffnung des Parkhofes wird wiederum den Zugang von Tausenden herbeiführen und in gleichem Verhältnis die

Baulust steigern. Um so befreundlicher muß es erscheinen, daß der Magistrat, was doch in gemeindesteuerlichen und in sanitären Interessen längst hätte geschehen sein sollen, noch immer zögert, gerade auf diesen vollzogen und betriebenen Stadttheil die allgemeine Kanalisation auszu dehnen. In dem Moabittheil, welcher die auch in unserer Zeitung erwähnte Petition des Moabit Bezirksvereins an den Magistrat kürzlich gelangen ließ, ist mit nur zu gutem Grunde hervorgehoben, daß die in Moabit vorhandenen Entwässerungsleitungen längst nicht mehr ausreichen und zeitgemäß sind und daß sich in Folge dessen bereits Uebelstände, wie z. B. die Entwässerung des Krankenhauses in die Spree und an der Stromstraße, geltend machen, wo neuerbaute Häuser nicht an die Straßenrohleitungen anschließen dürfen und bei starkem Regen Ueberfluthungen eintreten. Ueberhaupt können die Moabit Entwässerungsverhältnisse nur als provisorische angesehen werden, da die Haus- und Straßengewässer durch verschiedene Vorfluthläufe direkt und ungerneigt in die Spree geführt werden. Allein die Existenz des großen Barackenlagers in Moabit sollte die städtischen Behörden bewegen, den Anschluß Moabits an die allgemeine Kanalisation zu beschleunigen, da dieses in Zeit einer Epidemie errichtete Institut daran mahnt, welche Gefahren diesen Stadttheil nicht allein, sondern der ganzen Residenz, mit welcher derselbe längst und sogar schon vor seiner Inkommunalisirung in untrennbare Verbindung getreten ist, aus der Fortdauer der gegenwärtigen trostlosen Zustände erwachsen können. Abgesehen aber davon wird durch die längere Verzögerung der Kanalisation die Fortentwicklung dieses vollzogenen, durch eine große Industrie hervorgerufenen Stadttheils gehemmt, dessen Einwohner sich rühmen dürfen, ihre Pflichten gegen die Stadtgemeinde niemals vernachlässigt zu haben, die nun aber auch mit Zug und Recht wohl Anspruch darauf machen dürfen, daß ihnen nicht länger die Wohlthaten einer überaus gemeinnützigen Einrichtung vorenthalten werden, deren sich die Bürger anderer Stadttheile schon längst erfreuen.

Lokales.

„Während in der Wilhelmstraße“, so schreibt man der „Post. Btg.“, schon seit Jahr und Tag die zum Durchbruch erforderlichen Grundstücke angekauft, niedergegriffen und die projektierte Straße bis zum Garten des Kriegsministeriums fertig gestellt worden ist und auf der andern Seite, an der Königsgräber Straße, die kostbaren Museen schon in der projektierten Zimmerstraßenverlängerung stehen, ist zum größten Bedauern der Anwohner und Passanten noch immer nicht abzusehen, wann sich die Staatsbehörde entschließen wird, den erforderlichen kleinen Winkel vom Garten des Kriegsministeriums, welcher dem Durchbruch hinderlich im Wege steht, herzugeben. Durch den Durchbruch würde die Passage am Potsdamer Platz, welche jetzt für Fußgänger wegen der starken Frequenz nur mit Lebensgefahr auszuführen ist, desgleichen die Anhaltstraße, bedeutend entlastet werden, da die meisten Droschken sofort vom Potsdamer Bahnhof durch die Zimmerstraße fahren würden. Die Bewohner des Stadttheils zwischen Anhalter und Potsdamer Bahnhof können jetzt nur auf Umwegen durch die ohnehin überlastete Leipziger oder Anhaltstraße nach dem Centrum gelangen. Dieser Uebelstand wird sich um so fühlbarer machen, wenn die Markthalle in der Zimmerstraße eifrig fertig ist. Auch versehen die kostbaren Museen in der jetzigen Saalstraße vollkommen ihren Zweck; der Besuch derselben wird bis zur Durchführung der Straße nur mangelhaft sein, da sie von Vielen in dem versteckten Winkel schwer gefunden werden und Viele den weiten Umweg scheuen. Da der Staat im diesjährigen Etat zur Uebernahme des kunstgewerblichen Museums 300 000 M. verlangt, so sollte diese Summe erst dann bewilligt werden, wenn das Museum dem Publikum zugänglich gemacht ist.“

Das Theilstrecken-Umwesen auf den Pferdebahnliesen — eine andere Bezeichnung verdient die Einrichtung der Theilstrecken, wie sie jetzt ist, nicht — findet in der „Post. Btg.“ sogar einen Fürsprecher, indem dieselbe sich schreiben läßt: „Obgleich auf allen Pferdebahnliesen unserer Stadt an den Tafeln der Haltestellen auch der Beginn der Theilstrecken verzeichnet ist, glaubt dennoch ein großer Theil des die Pferdebahn benutzenden Publikums, diese Bezeichnung nicht so genau nehmen zu dürfen und ein Unrecht darin zu erblicken, wenn ein Fahrgast, der kurz vor der betreffenden Haltestelle den Tramway besteigt, zur Bezahlung des Fahrgeldes auch für diejenige Strecke angehalten wird, welche hier eben ihr Ende erreichen sollte. Die Verwaltung der Großen Berliner Pferdebahn hat ein volles Recht, die bestimmten Grenzen, die sie in Betreff ihrer Leistungen in Gemeinschaft mit den zuständigen Behörden festgesetzt hat, sich nicht verrücken zu lassen, und das Publikum würde im Interesse des ganzen Verkehrs gut thun, sich diesen Anordnungen zu fügen. Will jemand auf solche Weise, besonders auf stark frequentirten Linien, sich einen Platz sichern, dann mag er den so erworbenen Vortheil auch bezahlen.“ — Es leuchtet hier wieder, bemerkt die „Staatsbürger Zeitung“ mit Recht, nur die Auf-

fassung des — Geldsackes durch; genau so wie bei der Geh-Kommerzienrätin, welche des Morgens beim Kaffeekuchen: „Ich begreife gar nicht, warum die Leute über die kleinen Milchbröckchen reden; wenn die Milchbröckchen klein sind, ist man einfach zwei!“ — In der That sehr einfach, nur mit dem Unterschiede, daß 2 Milchbröckchen das Doppelte kosten als eins, woran freilich die Frau Kommerzienrätin nicht denkt. — Freilich hat die Pferdebahn ein formelles Recht, für jeden Schritt über die Theilstrecke hinaus Bezahlung zu fordern; aber daß sie dieses Recht hat und die Art, in der sie es übt, ist durchaus keine vortheilhafte Institution. Die Pferdebahn soll unseres Erachtens in erster Linie für die Bequemlichkeit und Billigkeit des Verkehrs, und erst in zweiter Linie für ihren Geldsack sorgen; durch die Einrichtung der Theilstrecken, wie sie gegenwärtig bestehen, wird die Sache aber gerade auf den Kopf gestellt. Mit großer Gleichgültigkeit sind nämlich auf vielen Linien die Theilstrecken so eingerichtet, daß dabei für die Pferdebahn ein Extraprofit herauskommt, und merkwürdigerweise ist dies gerade auf den Strecken geschehen, welche in die Vorstädte mit weniger bemittelten Einwohnern und Arbeiterbevölkerung führen. Ein Beispiel für viele: Während man auf der Linie Behrenstraße—Görlitzer Bahnhof für 10 Pf. bis zur Brandenburgstraße fahren kann, ja während für diese Strecke sogar eine Extratour mit besonderen Wagen eingerichtet ist — lediglich wohl, damit die Pferdebahn Material sparen kann und die Wagen auf der ganzen Strecke nicht so oft abzulaufen braucht — müssen die Bewohner der jenseitigen Louisenstadt für die kaum halb so lange Strecke Lindenstraße—Heinrichsplatz 15 Pf. bezahlen. Es kommt dies daher, weil die Theilstrecken augenscheinlich mit feiner Berechnung so gelegt sind, daß, wie gesagt, der Pferdebahngesellschaft noch ein Extraprofit erwächst. Es existiren nämlich auf dieser Linie nur drei Bechn-Pfennig-Touren: Behrenstraße—Brandenburgstraße, Kochstraße—Dranienplatz, Brandenburgstraße—Görlitzer Bahnhof, und zwei Fünfzehn-Pfennig-Touren: Behrenstraße—Dranienplatz und Charlottenstraße—Görlitzer Bahnhof. Der Arbeiter also, der meist hinter dem Dranienplatz, vom Heinrichsplatz an nach der Peripherie zu wohnt, muß entweder, wenn er seine müden Glieder schonen will, die ganze Strecke bezahlen, wenn er von der Gegend Unter den Linden kommt, oder wenn er in der Gegend der Lindenstraße zu thun hat, 15 Pf. — oder er muß auf der einen oder anderen Seite noch eine große Strecke bis zur Brandenburgstraße, oder vom Dranienplatz aus zu Fuß gehen. — Will er aber die Vortheile genießen, welche die Pferdebahn doch eigentlich bieten soll, nun, so mag er sie nach der Theorie der „Post. Btg.“ und der Frau Kommerzien-Rätin bezahlen. — Und ein anderer Fall: Der Passagier nach dem Heinrichsplatz befindet sich an der Lindenstraße und hat das Glück, den Wagen bis zur Brandenburgstraße zu treffen, den er natürlich nicht benutzen kann. Nun läuft er hinter diesem Wagen her, kommt glücklich bis zur Alexandrinenstraße, da hat ihn der Wagen der ganzen Linie Behrenstraße—Görlitzer Bahnhof eingeholt; was will er thun? Um nicht auf den nächsten Wagen, der dank der eingeleiteten Tour Behrenstraße—Brandenburgstraße, erst nach 6 Minuten kommt, warten zu müssen, steigt er auf und bezahlt für die paar Schritte von der Alexandrinenstraße bis zur Brandenburgstraße 5 Pf. extra! — Angesichts dieser Mißstände, die auf vielen Linien herrschen, können wir in der That nur immer von neuem unser Bedauern darüber ausdrücken, daß die Aufsichtsbehörde nicht Macht genug zu haben scheint, der Pferdebahn-Gesellschaft mehr Sorge für das Publikum und weniger für ihren Geldsack ans Herz zu legen.

N. In größter Gefahr ein Opfer des Eisports zu werden, schwebte gestern Nachmittag 5 Uhr ein zierlich 12 jähriger Knabe auf dem Landwehrkanal. Vom Louisenufer her, war der bezeichnete Knabe mit anderen Kindern unbefugter Weise auf die Eisdecke des Kanals gegangen, war hierbei aber aus Unvorsichtigkeit in eine neben dem Kahn befindliche offene Stelle gerathen und hineingefallen. Krampfhaft hielt sich das mit dem Oberkörper aus dem Wasser hervorragende Kind an der Eisdecke fest bis auf die Hüften der anderen Kindern ein Schiffer herbeilief und den vor Schreck und Kälte halb ohnmächtigen Menschen aus seiner gefährlichen Situation befreite.

a. Zwei junge Mädchen L. und K. wurden am 15. v. Mts. nach dem Polizei-Revier-Bureau unter dem Verdachte, strafbare Handlungen begangen zu haben, sistirt und daselbst zunächst in der Sifitzelle untergebracht, bis zu ihrer Ueberführung nach dem Kriminalkommissariat am Marktplatz. In dieser Zelle überredete die L. das andere Mädchen, das Geld, welches sie bei sich führte, ihr (der L.) in Verwahrung zu geben, unter dem Vorgeben, daß den Sifitzten von der Behörde alles Geld abgenommen und nicht weitergegeben würde. Die K., welche 10 M. bei sich hatte, schenkte der L. Glauben, und sie übergab der L. die 10 M. zur Verwahrung, nachdem die L. versichert hatte, daß sie in ihrem Kleider einen Versteck hätte, den Niemand entdecken könnte. Die K. wurde hierauf von der L. getrennt, nach dem Kriminalkommissariat gebracht, daselbst vernommen und sodann wieder auf freien

Mr. Thompson, der jüngste Assistent, hatte sich, während die Uebrigen sich in Klagen über das Schicksal des edlen und pflichttreuen, jungen Mannes ergingen, über ihn gebeugt, das Ohr an seine Brust gelegt, um sich noch einmal zu überzeugen, ob er todt sei. Plötzlich erhob er sich.

„Er lebt! er athmet!“ rief er.
„Run eilten auch die anderen Aerzte herbei und: „Er lebt; es ist noch nicht alle Hoffnung verloren!“ hörte man von Vieler Lippen ertönen. — — —
Fritz Rodenburg lebte, aber sein Zustand gab wenig Hoffnung.

Zweihundzwanzigstes Kapitel.

Rafir, der Nabob von Madura, gehörte zu denjenigen indischen Königen, welche sich gänzlich ihrer Macht, ja ihrer Autorität entäußert hatten. In dem Lustschloß, im englischen Styl erbaut, in dem reizenden Thale Savery wohnte er mit einer kleinen Hofhaltung, welche zwar für einen Privatmann eine außerordentlich glänzende, für einen König jedoch eine sehr einfache genannt werden mußte. Rafir hatte auch den Rest von Scheinregiment, den man den sich freiwillig Unterwerfenden gelassen hatte, von freien Stücken in die Hände des englischen Gouvernements gelegt und begnügte sich, ein bloßer englischer Grundbesitzer zu sein.

Er gehörte zu den reichsten Fürsten Indiens und stand als solcher bei seines Gleichen immer noch in hohem Ansehen, obwohl man es ihm sehr verdachte, daß er sich der indischen Lebensweise gänzlich entäußert hatte; ja er hatte schon vor vielen Jahren das Christenthum angenommen, um sich mit einer Engländerin zu verheirathen. Die Geburt seiner Tochter Suleima trennte ihn auf ewig von der geliebten Gattin. Wenige Wochen, nachdem das Kind, die reichste Erbin Indiens, das Licht der Welt erblickt hatte, starb die Mutter in seinen Armen.

Bei der britischen Regierung galt Fürst Rafir sowohl wegen seines Reichthums, als auch wegen seines Ansehens, außerordentlich viel; er war mit dem Gouverneur eng befreundet, und dieser suchte seine Freundschaft in jeder

Weise zu kultiviren, indem er jeden auch nur leise ausgesprochenen Wunsch des Nabobs erfüllte, so daß Rafir dadurch einen viel größeren Einfluß auf die Verhältnisse ganz Indiens ausübte, als die anderen Fürsten, welche eifersüchtig auf die Erhaltung ihrer Scheinmacht drangen.

An diesem Hofe fanden selten glänzende Feste statt. —

Rafir lebte mit seiner Tochter Suleima ziemlich zurückgezogen; die einzige Abwechslung war hier der Besuch einiger Freunde oder die Anwesenheit des Gouverneurs mit seinem Gefolge.

Gegenwärtig beherbergte das Schloß zwei Gäste, welche seit Kurzem hier eingetroffen waren. Fürst Dran und Max Strahlenau, welche, von ihrer Reise nach Großbritannien zurückgekehrt, dem Nabob ihren Besuch gemacht und von diesem dringend eingeladen waren, einige Zeit bei ihm zu verweilen.

Die Jagd in der Nähe von Madura war die herrlichste und ergiebigste, die man sich denken kann, und Rafir und Max fanden jeden Tag die beste Beschäftigung, wenn sie den gefährlichen und interessanten Jagden beimohnten, von denen sich nur der eine Vorstellung machen kann, der in Indien selbst gewesen ist. — — —

Rafir saß auf seiner Veranda unter einem Palmendache im Dufte würziger Blumen, welche von England hierher importirt waren, um der Umgebung des Schloßes ganz das Aussehen eines englischen Herrensitzes zu verleihen. Er las eine englische Zeitung, während hinter ihm zwei Diener in Livré das Geschäft verrichteten, was in Audh den Fächermäddchen übertragen war. Sie setzten von Zeit zu Zeit einen mächtigen Palmwedel in Bewegung, um einen frischen Luftzug auf der Veranda hervorzubringen.

Da meldete ein Kammerdiener den Besuch eines Fremden.

Rafir war gastfreundlich und gewährte jedem Fremden unbedenklich Eintritt. Seine Stirn umbäuferte sich jedoch ein wenig, als er den Eintretenden erblickte, welcher tief gebeugt an der Thür stehen blieb, den Hut fast bis auf die Erde herablenkend und die Aufforderung, näher zu treten, erwartend. (Fortsetzung folgt.)

Fuß gefest. Inzwischen war auch die Freigabe des Gefangenen, welche mit den 10. W. verschwand und sich nicht wieder sehen ließ. Auf die von der Betrogenen A. gemachte Anzeige ist gestern die P. ermittelt und zur Haft gebracht worden.

N. Durch einen Fehltritt verunglückte gestern Nachmittag ein auf dem Neubau Wilsnaderstraße in Noabit beschaffter Stukateur. Beim Heruntersteigen vom Gerüst kam derselbe so unglücklich dabei zu Fall, daß er nicht mehr im Stande war, sich von selbst wieder zu erheben. Der Verunglückte mußte sofort von anderen auf dem Bau befindlichen Arbeitern per Droschke nach dem Barocklazareth in Noabit geschafft werden.

Selbstmord. Auf einem Abort des Stadtbahnhofs Friedrichstraße hat sich gestern Mittag um 12 1/2 Uhr ein Uhrmachergehilfe erschossen. Der Lebensmüde soll am Vormittag noch mit seinem Bruder in einem in der Mauerstraße gelegenen Restaurant gefestigt haben. Kurz darauf begab er sich nach dem erwähnten Bahnhof, woselbst er die That ausführte. Der Schuß ist sofort tödlich gewesen. In der Tasche des Unglücklichen fand man einen Fettel, worin er angeht, daß Stellelosigkeit und Nahrungsorgen ihn zum Selbstmord getrieben hätten.

N. In der Charitee verstorben. Der am 18. September v. J. von einem Gerüst in der Dranienstraße 139 gestürzte Maler Carl Wiede ist am gestrigen Tage in Folge des erlittenen Bruchs der Wirbelsäule trotz sorgfältigster Pflege verstorben.

N. Zwei Feuermeldungen setzten vorgestern Abend unsere Feuerwehr in Thätigkeit. Durch den ersten Alarm wurde dieselbe um 5 Uhr nach dem Grundstück Leipzigerstraße 36. Ecke der Charlottenstraße, gerufen. Dasselbst hatten in dem Schaufenster der Gardinenfabrik von Tobler junior Fall und Gardinenstoffe durch Gashige Feuer gefangen, welches sofort alle im Schaufenster vorhandenen Waaren entzündete. Beim Eintreffen der ersten Mannschaften war das Schaufenster bereits völlig aufgebraunt und konnte sich die Feuerwehr daher nur auf die Sicherstellung der im Laden befindlichen Gegenstände beschränken, welche Ausräumungsarbeiten circa eine halbe Stunde in Anspruch nahmen. Der zweite Alarm, der erst gegen 7 1/2 Uhr Abends erfolgte, war veranlaßt durch ein Feuer, das in dem Hintertraum der Galanteriewaarenhandlung von B. Hirsch an der Spandauer. Straße 1a ausgebrochen war. Es handelte sich um einen Fußbodenbrand, dessen Ablösung nur kurze Zeit in Anspruch nahm.

Gerichts-Zeitung.

—y. Ist ein Gummischlauch ein gefährliches Werkzeug im Sinne des Gesetzes? Diese Frage beschäftigte gestern die 89. Abtheilung des Schöffengerichts in einer Anklage gegen die verheiratete Arbeiterin Friederike Heyde, welche beschuldigt war, ihr eigenes 10-jähriges Töchterchen in gesundheitsgefährdender Weise mißhandelt zu haben. Schon seit längerer Zeit hatte es bei den Nachbarn der in der Friedenstraße wohnenden Angeklagten Missethaten erregt, daß dieselbe ihr Kind in unnatürlicher Weise bei der geringsten Veranlassung züchtete, wie aus dem entgeglichen Bericht des Kindes, sowie aus dem Umstande, daß man es selten ohne die sichtbaren Spuren dieser Züchtigung erblickte, zur Genüge hervorging. Auf Veranlassung einer Schwägerin der Angeklagten legte sich die Polizei in's Mittel und der verheiratete Beamte fand so viele belastende Anhaltspunkte, daß obige Anklage erhoben wurde. Der Rücken und die untern Extremitäten des Kindes waren mit blutunterlaufenen Striemen völlig bedeckt, auch zeigte der Kopf verschiedene Beulen, die nur durch heftige Stöße oder Schläge herbeigeführt sein konnten. Die Angeklagte gestand bei ihrer ersten Vernehmung sofort zu, ihr Kind geschlagen zu haben, aber nur wenn dasselbe Strafe verdient habe und keineswegs in einer das gesetzliche Maß überschreitenden Weise. Als Züchtigungsmittel präferierte sie einen halbmeterlangen, etwa fingerdicken Gummischlauch. Der Staatsanwalt hielt das Instrument für ein gefährliches Werkzeug, weil man mit demselben besonders Kindern leicht sehr gefährliche Verletzungen zufügen könne und dieser Ansicht schloß der Gerichtshof sich an, als er der unnatürlichen Mutter eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten zu diktierte.

Unter der Anklage des Landfriedensbruchs standen heute die Arbeiter Obel und Kramann vor den Schranken der vierten Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Die Angeklagten hatten von dem Schuhmachermeister Emmel, Swinemünderstraße 140, eine leere Stube abgemietet und war der nur auf 4 Wochen abgeschlossene Kontrakt von dem Vermieter nicht erneuert worden. Als die Angeklagten aber nicht genügt auszuziehen wollten, schaffte Emmel die Sachen seiner gewiesenen Mieter auf den Boden und versagte den Letzteren den Eintritt in die bei ihm innegehabten Räume. Dieser kurze Prozeß veranlaßte die Chefrau des Obel am 23. November pr., vor dem Hause Swinemünderstraße 140 lächtig zu scandalisieren und sich an demselben Publikum gegen ihre hartnäckigen Wirthschaftsleute aufzuregen. Die Menge war nur zu bereit, gegen die Wirthschaftsleute Partei zu ergreifen, und griffen Viele, als sich Emmel gegen Mißhandlungen durch Abschließen seiner Kellerthür schützte, nach den auf dem Plaster liegenden Steinen und bombardierten damit die Fensterscheiben der Emmelschen Wohnung. Unter der zusammengetrottelten Menge befanden sich auch die beiden Angeklagten, welche sich in ihren Wuthausbrüchen gegen Emmel keinen Krang anthaten. Daß sie aber die Menge zu gewaltthätigen Thaten angefeuert oder gar selbst mit Steinen geworfen haben, ist nicht festgestellt worden, weshalb sie auch nur wegen einfachen Landfriedensbruchs unter Anklage gestellt wurden. Der Gerichtshof verurtheilte den schon wegen gewaltthätiger Thaten vorbestraften Obel zu sechs, den Kramann zu drei Monaten Gefängnis.

Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

Der Strike der Venschow und Markter'schen Arbeiter ist in ein neues Stadium eingetreten, welches gerade nicht erfreulich zu nennen ist. Es haben sich dreizehn Arbeiter einer Schöneberger Knopffabrik, trotz Kenntniß des Strikes, bereit gefunden, für den von der Fabrikleitung gestellten Tarif zu arbeiten. Von Seiten der Streikenden ist keine Miße gescheut worden, dieselben mit den Verhältnissen vertraut zu machen, aber leider vergebens, denn von Seiten des Geschäftsführers des Herrn Bohmann scheint die Zukunft jenen „liebvollen“ Kollegen mit den rothigsten Farben gemalt zu sein. Die Kommission steht der Konkurrenz obiger „Dreizehn“ mit aller Ruhe entgegen wenn nur die Masse der Arbeiterschaft auch ferner ihre Unterstützung nicht einstellt. Leider ist auch nach anderer Seite hin eine Aenderung eingetreten, welche eine vermehrte Thätigkeit notwendig macht. Wie schon gestern kurz angedeutet wurde, hat sich der Strike auch auf die Fabrik des Herrn Brodich, Wilsnaderstraße 48, ausgedehnt, da derselbe, wie zu Oben der Kommission gekommen ist, die Vorarbeiten für Venschow und Markter, übernommen hatte. Der Geist unter den Streikenden beider Fabriken ist ein vortrefflicher, umso mehr erregte es die Verwunderung aller Augenscheinigen, als gestern, Mittwoch, auf Veranlassung des Geschäftsführers von Venschow und Markter, genannten Herrn Bohmann's, bei einem Begegnen unsererseits, ein Fahrer plötzlich verhaftet wurde, ohne bisher wieder entlassen zu sein. Ausschreitungen haben nicht stattgefunden, nur scheint es, als ob von gewisser Seite so etwas Ähnliches wie eine Provokation geplant wäre. Wir werden unter jeder Bedingung den von uns aufgenommenen

gerechten Kampf zu Ende zu führen beabsichtigt sein, denn eine Niederlage unsererseits wäre als Niederlage der gesammten Arbeiterschaft zu betrachten, da wir nur auf die Unterstützung und Solidarität unserer Kollegen angewiesen sind. So lange wir im Stande sind, den Hunger nur einigermaßen aus den Familien der Streikenden fern zu halten, wird die Hoffnung auf den Sieg auch stets die Oberhand behalten. Also nochmals, Kollegen, vergeßt eure kämpfenden Brüder nicht! Die Lohnkommission der Drechsler und Knopfarbeiter. S. A.: A. Fischer, Michaelkirchplatz 23.

Der Arbeiter-Bezirksverein der Dranienburger Vorstadt und des Wedding hielt am Montag, 17. Januar, im Vereinslokal, Wedding-Park, Müllerstr. 178, eine Versammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Vortrag, sprach Herr Bigarenarbeiter Laske über „die gegenwärtige politische Situation.“ Er kam zunächst auf die neugegründete „demokratische Partei“ zu sprechen, die er als ein todgeborenes Kind bezeichnete und deren Programm nur ein von der Arbeiterpartei geborgtes sei. Auf die einzelnen Punkte des Programms eingehend, bemerzte Referent, daß die Arbeiter schon seit langer Zeit für die meisten Punkte eingetreten sind und wenn die Herren Philips und Venzmann, die Gründer der demokratischen Partei, sich nicht entschließen konnten, die Sezession mitzumachen, müssen sie doch wohl den Verfall der Deutsch-Freisinnigen Partei vorausgesehen haben und hätten besser gethan, sich einer mehr links stehenden Partei anzuschließen, ehe sie die Gründung einer neuen Partei unternahmen, welche, wie in der konstituierenden Versammlung erklärt wurde, das in Norddeutschland sein sollte, was die „Volkspartei“ in Süddeutschland ist, und auch bei allen Wahlen für die Kandidaten der Deutsch-Freisinnigen eintreten würde. Referent hofft jedoch, daß die deutschen Arbeiter sich nicht durch eine Partei werden fangen lassen, deren Existenz eben so unredigiert ist, wie viele ihrer Vorgängerinnen und daß überhaupt in Zukunft die ganzen Mittelparteien von der politischen Bildfläche verschwinden werden und es nur noch zwei Parteien gibt, die Partei der Regierung und die Partei der arbeitenden Klasse. — Auf die Situation der letzten Tage übergehend, kommt Referent sodann auf die Verhandlungen im Reichstage über Arbeiterfragen und indirekte Steuern zu sprechen und bemerkt dabei, daß gerade die Konservativen und Ultramontanen, worunter die meisten Großgrundbesitzer sind, für die Erhöhung der Kornzölle eintreten, wodurch das Brot unbedingt theurer werden muß und der arme Mann, als größter Brotkonsument, also auch die meisten Kornzölle bezahlt, die Vertreter der Arbeiter haben sich aber entschieden gegen jede indirekte Steuer ausgesprochen. Die Erhöhung der Kornzölle sei nur ein Experiment, um den Großgrundbesitzern die Taschen zu füllen, denn der kleine Bauer arbeite doch stets ohne besondern Nutzen. — Auf die Auswanderungsfrage übergehend, bespricht Referent sodann die Nothlage der Auswanderer und gedenkt dabei des Auspruchs des Reichstagspräsidenten im Reichstage, daß der deutsche Arbeiter sein Vaterland nicht verlasse, ohne dazu gezwungen zu werden. Der deutsche Arbeiter verläßt sein Vaterland aber nur dann, wenn er hier kein Auskommen nicht mehr findet, was heutzutage bei dem mangelhaften Schutze der nationalen Arbeit, durch die Importation von billigen auswärtigen Arbeitern leider nur zu häufig der Fall ist. — Durch die gegenseitige Erhöhung der Zölle der verschiedenen Staaten muß ein Zollkrieg entstehen, welcher den Nationen niemals zum Vortheil gereichen kann und die Volksvertreter müssen es sich zur Aufgabe machen, gegen Zollserhöhtungen entschieden zu opponieren. — Nach Beendigung des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages entwickelte sich eine Diskussion, in welcher seitens der Herren Bernheim, Schulz und Woyatz noch einige Punkte des Vortrages näher beleuchtet wurden. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung (Besprechung über die Abhaltung eines Stiftungsfestes) wurde auf die vielfach erfolgten Verbote der Vergütungen der Arbeiter-Bezirksvereine hingewiesen und das beabsichtigte Stiftungsfest nach längerer Diskussion abgelehnt. — Nach Erledigung des Tagesprogramms nahm Herr Laske noch einmal das Wort, um festzustellen, wie das Vertrauen der Wähler in Süddeutschland von den Vertretern der Volkspartei, welche jetzt offen ihr Einverständnis mit den Deutsch-Freisinnigen erklären, bei den letzten Reichstagswahlen getrübt worden ist, ebenso in 5. Berliner Reichstagswahlkreise, dessen Vertreter, Herr Baumbach (Deutsch-Freisinnig), sich gegen den Normalarbeitstag erklärt hat. Zum Schluß führte Herr Laske noch aus, daß man jetzt auch in Amerika billige Arbeitskräfte importirt, gerade wie man es in Deutschland mit billigeren Statuenern, Polen u. A. thut, und daß die

Arbeiter stets und ständig nach Gleichberechtigung müssen. — Die nächste Versammlung am Montag, den 2. Februar, in demselben Lokal wird in derselben Herr Dr. Canig einen Vortrag „Naturheilmethoden“ halten. Ein zahlreicher Besuch der Mitglieder ist erwünscht.

A. Der Arbeiter-Bezirksverein „Laufiger Platz“ am Mittwoch eine General-Versammlung in der die Tagesordnung lautete: 1. Vorstandswahl, 2. Bericht über die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre und erwähnte u. A. eine Petition an die Stadtverordneten-Versammlung, betreffend die Errichtung von Sanitätswohnungen auf Kosten der Stadt, worauf der Arbeiter-Bezirksverein Antwort erhielt: „Die Petition vom 7. November betreffend die Errichtung von Sanitätswohnungen auf Kosten der Stadt, ist, weil sie den Instanzenzug nicht erfüllt, aus diesem formellen Grunde zur Förderung im Stadtverordneten-Vereine ungenehmigt. Es muß anbegehrt werden, den Bericht des Magistrats auf die dorthin eingereichte Petition abzuwarten. Das Stadtverordneten-Vereine.“ — Aus dem Jahresbericht ist folgendes hervorzuheben: Die Gesamteinnahmen betragen 415,80 M. Die Ausgaben vertheilen sich: 1) Für Vorträge 104,25 M., 2) Inzerate und Druckkosten 92,50 M., 3) Druckkosten und Vereinsunterlagen 4) Allgemeine Ausgaben 49,50 M., mithin beträgt sammt-Ausgabe 412,60 M., bleibt Bestand 3,20 M. dem die Revisoren den Jahresbericht aufzulegen, ein Kassirer Decharge erhielt. — In den Vorstand wählte Herr wieder resp. Neugewählt: H. Schulz, 1. Vorsitzender; F. Felgentreff, 2. Vorsitzender; A. Kaulbars, Führer; W. Arndt, 2. Schriftführer; C. Schulz, 1. C. Schulz II, 2. Kassirer. In Revisoren wurden die Herren Schulz III, Müller, Reim. Zu Beisitzern Schenk, Suchan, Dreffe. Zum 3. Punkt (Verschiedenes) der Herren Zubeil, Schulz und Körtel das Wort. — erludete den neuen Vorstand durch eine Petition dahin zu wirken, daß die Pferdebahnschienen am Blay verlegt werden, da dieselben, weil sie die Fußschneiden, für die Schulkinder höchst gefährlich sind, dieselben bei ungünstigem Wetter einen besseren und Weg am Laufiger Platz zu schaffen. Von den Leugnern wurde den Mitgliedern des Vereins empfohlen, dahin zu wirken, daß der Verein immer stärker werde. Von einem Stiftungsfest ist worden, da dasselbe doch nicht genehmigt würde, ein Familienfest gefeiert werden soll. Nach Erledigung der Tagesordnung um 11 Uhr. Nächste Sitzung am 4. Februar.

An alle Buchbinder und verwandten Berufe. Die Zeitung des Kartellverbandes (Korrespondenzblatt) Paul Vogel, Stuttgart, Wilsnaderstr. 6, II) enthält betriebs Abhaltung eines allgemeinen Kongresses, April und die folgenden Tage zu Offenbach am Main. Die Gründung eines Zentralverbandes stattfinden soll. Der Zentral-Verband der Vereine der Buchbinder, feuillett, Ein- und Kartonnagenarbeiter, Einzierer, seitige Unterstützung in ihren Bestrebungen zur geistigen Besserstellung der Mitglieder. Dasselbe erreicht werden durch: a) Regelung der Rechte und Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung; b) Unterstützung solcher Mitglieder, welche für ihre Thätigkeit für den Verband besagter Vorteile Folge getroffener Maßnahmen durch denselben arbeiten; c) Gewährung von unentgeltlichem Rechtsbeistand; d) Regelung der Arbeitszeit; e) Beseitigung der Stückerarbeit; f) Pflege der Berufsstatistik; g) Regelung des wieses. Eine eingehende Notionierung dieser Vorstände der Kartellvereine und sonst darum diesflich zugesandt.

Die Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Arbeiter und Berufsgenossen (C. K. Nr. 4), Hoffmanns-Str. 10, Sonntag, den 25. Vorm. 10 1/2 Uhr, alle Mitglieder eine Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht über den Kassenertrag pro 4. Quartal 1884. 2. Wahl der Mitglieder, welche die in kürzester Zeit stattfindende Generalversammlung zu leiten hat. 3. Verschiedenes. — Bei der Tagesordnung ist eine recht zahlreiche Theilnahme der Mitglieder erwünscht. (Siehe Anzeiger.)

4. Klasse 171. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and winning amounts. Includes text: "Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt." and "Obere Gewinne." followed by columns of numbers and amounts.

Table with lottery numbers and winning amounts. Includes text: "Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt." and "Obere Gewinne." followed by columns of numbers and amounts.

Politische Uebersicht.

Berlin. Es ist das Gerücht verbreitet, daß gleichzeitig mit der Einbringung der jetzt noch im Bundesrat befindlichen Vorlage über die Erhöhung einer Anzahl Bälle in den Reichstag diesem auch ein sog. Spargesetz vorgelegt werden würde, durch welches die beabsichtigten Bollerhöhungen, so weit sie finanzielle Bedeutung haben, provisorisch schon vor ihrem endgültigen Inkrafttreten eingeführt würden; der Zweck wäre, eine die Reichskasse schädigende Spekulation zu verhindern, welche durch massenhaften Import der im Zoll zu erhöhenden Waaren vor der Publikation der Zolltarifnovelle erfolgen könnte. Das Gerücht ist nicht ungläubwürdig, da im Jahre 1879 der Reichskasse durch das Unterlassen einer derartigen Maßregel resp. durch das zu späte Ergreifen derselben erheblicher Nachteil erwachsen ist und der Finanzverwaltung deshalb begründete Vorwürfe gemacht wurden.

Berlin. Offiziell wird ein Aufruf verbreitet, welchen ein Komitee für eine Ehrengabe zum 10ten Geburtsstag des Reichskanzlers erlassen hat. An der Spitze des Komitees stehen die beiden Präsidenten des Landtags. Die „Germania“ bemerkt dazu: „Ueber den Aufruf brauchen wir nicht viel Worte zu verlieren. Durchaus sachliche Gründe und keineswegs Abneigung gegen den leitenden Staatsmann sind bestimmend für das Verhalten gegenüber diesem Aufruf. Er ist das Produkt der Adressenbewegung, die, von der governementalen Minorität wachgerufen, sich größtenteils in beschimpfender und verlebender Weise ohne Rücksicht auf sachliche Gründe gegen die Majorität der Volksvertretung gewendet hat. Noch jetzt wird von den verschiedensten Zeitungen, sogar Unterhaltungs-journals, ausdrücklich die Ehrengabe-Sammlung mit der Direktionsfrage verquitt. Selbst wenn diese politische Tendenz dem Aufrufe fehle, wäre die Stellung zu demselben schon gekennzeichnet durch den gegenwärtigen Stand unserer inneren Politik und der kirchenpolitischen Situation. Endlich aber ist der Ausgang der Bewegung nicht zu erkennen, welche sich an den Sammelruf knüpfen wird; es hat allen Anschein, daß sie Wasser auf die trocknen stehenden governementalen Mühlen leiten soll, und wer hat Lust, hierbei mitzubelfen?“

Ueber das in Oesterreich geplante Sozialistengesetz bringt die „Voss. Ztg.“ folgenden höchst beachtenswerten Artikel: „In den Motiven, mit welchen die österreichische Regierung das dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Sozialistengesetz begleitet hat, stellt sie sich auf den Standpunkt der Nothwehr, und Niemand wird bestreiten, daß dieser Standpunkt, wenn es sich um die Vertheidigung der Gesellschaft gegen die Kanakur und Stummheit handelt, seine Berechtigung hat. Wie man aber denjenigen nennen würde, der zur Abwehr des mit Dolch und Dynamit bewaffneten Mörders statt zum Schwerte zur Gabel greift, oder gar, um sich zu schützen, mit einem Säworte über einen Unbewaffneten herfällt, so muß man die Verfasser des österreichischen Sozialistengesetzes nennen, und mit um so größerem Recht, als die Erfahrungen der letzten zehn Jahre an ihnen spurlos vorübergegangen sind. In dem sie sozialistische Bestrebungen mit den anarchischen Identifizieren, treffen sie Hunderttausende von tüchtigen Arbeitern die beinahe ohne Ausnahme von sozialistischen Ideen erfüllt sind, ebenso hart wie die schlimmsten Anarchisten. Für die ganze große Klasse wird mit einem Reduzirte das Vereins- und Versammlungsrecht aufgehoben, das Recht, ihre Ansichten und Meinungen durch die Presse zu verbreiten, kassirt und ihnen verwehrt, wirtschaftliche und Hilfszweckgesellschaften zu bilden. Man werde nicht ein, die vernünftige Anwendung des Gesetzes werde vor solchen Exzessen schützen. Es giebt keine Regierung, welche den Mißbrauch von Ausnahmemaßregeln hindern kann; auch die edelste, die mächtigste ist dazu nicht im Stande. Zur Rechtfertigung ihrer Vorlage beruft sich die österreichische Regierung ferner auf die deutschen Ausnahmengesetze. Die thatsächlichen Erfolge, welche die deutsche Regierung mit dem Sozialistengesetz erzielt hat, können, meinen wir, kaum zur Nachahmung einer gleichen gesetzlichen Maßnahme ermutigen. Sind doch Viele, die sich ursprünglich für das deutsche Sozialistengesetz erwärmten, in neuerer Zeit recht gründlich des Irrthums, dem sie sich früher hingegeben haben, inne geworden. Die Prozesse des Jahres

1878 haben hinlänglich dargeboten, daß es damals in Deutschland noch keine Anarchistenpartei gegeben hat, deren Existenz man heute leider nicht bestreiten kann. Wenn dieselbe noch immer viel bedeutungsvoller ist als die Terroristen in Rußland, so verdanken wir dies nicht zum geringsten Theile dem allgemeinen Wahlrecht, welches den einsichtigeren Arbeitern die Aussicht eröffnete — ob mit oder ohne Grund, ist ganz indifferent — auf der Tribüne des Reichstags ihre Klagen verlaublich zu machen, ihre Forderungen stellen und zur Verwirklichung derselben beitragen zu können. In Oesterreich wird der Arbeiter durch das Sozialistengesetz rechtlos, seine materielle Lage ist wenig hoffnungsvoll, es müßte also mit wunderbaren Dingen zugehen, wenn das Sozialistengesetz in Oesterreich nicht gerade dahin führen sollte, der Anarchistenpartei neue Rekruten zuzuführen.“

Mannheim, 22. Januar. Das Frankfurter Polizei-Präsidium hat ein zweites, angeblich von einem Frankfurter Bürger herührendes Signalement des Mörders an die Polizeibehörden versendet, welches auf den in Hockenheim Verhafteten passen soll. Die Indizien für die Schuld des Letzteren, welcher jede Auskunft verweigert, häufen sich. Der Schnitt in seiner Hand soll durch die Selbstverwundung beim Waffengebrauch herbeigeführt sein. Diefse und Frankfurter Blätter wurden im Interesse der Untersuchung bedürftigerweise esucht, keine Details zu veröffentlichen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 22. Januar, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrates Stephan.
Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Berathung den deutsch-griechischen Handelsvertrag und tritt sodann in die erste Berathung des Postsparsparlassen-Gesetzes ein.

Abg. Akeremann: Meine Fraktionsgenossen, namentlich meine sächsischen Landsleute in der Fraktion, können der Vorlage nur sehr bedingt zustimmen. Ich erinnere zunächst daran, daß wir es hier zu thun haben mit einer Abänderung der Verfassung. Die Post ist nach der Verfassung bestimmt zu einer einheitslich organisierten und verwalteten Betriebsanstalt. Das Sammeln von Sparparnissen ist aber weder Gegenstand der Betriebsanstalten, noch läßt es sich etwa unter das dem Reich ja ebenfalls zugewiesene Bankrecht unterbringen; denn die Sparparnissen treiben keine Bankgeschäfte. Wenn nun freilich der Bundesrath die Verfassungsfrage nicht gestellt hat, und die Mehrheit des Hauses die Vorlage annimmt, dann ist ja eine Debatte über die hier vorhandene Abänderung der Verfassung überflüssig; immerhin ergibt sich aber, daß wir es hier mit einer schwerwiegenden, die Kompetenz des Reiches berührenden Frage zu thun haben. Die hohe Entwerfung seines Sparparnissenwesens verdankt Deutschland hauptsächlich den Gemeinden; diese haben, ohne Unterstützung vom Reich oder Staat zu verlangen, die Sparparnissen gegründet und zur Blüthe gebracht lediglich zu humanen Zwecken und zu Ruh- und Fortkommen der Gesamtheit. Unter allen vorhandenen Sparparnissen überwiegen denn auch die der Gemeinden bei weitem: in Preußen giebt es neben 890 Gemeinde-Sparparnissen nur 117 Vereins- und Privat-Sparparnissen; in Bayern nur eine einzige Privat-Sparparnisse neben 278 der Gemeinden; auch in Sachsen ist das System der Gemeindeverwaltung fast ausschließlich anerkannt, und in Baden giebt es 9 Sparparnissen mit Gemeindebürgerschaft und nur 18 ohne solche. Nun hat das System der Gemeindeparnissen sich bisher vorzüglich bewährt; die Beamten kommen dabei in nähere Beziehungen zu den Sparern. Die Organisation der Gemeindeparnissen paßt sich allenfalls den besonderen örtlichen Verhältnissen an, was bei den Postsparsparnissen niemals möglich sein wird. Der in den Motiven der Vorlage den Gemeindeparnissen gemachte Vorwurf, dieselben dienten mehr dem Nutzen des Mittelstandes als dem der kleinen Leute, ist völlig unbegründet; die Klassen dienen vielmehr den Interessen beider Kategorien gleichmäßig. In Preußen und Sachsen besteht die Hälfte aller Sparer aus solchen, deren Guthaben die Summe von 150 Mark nicht

übersteigt. Auf die kleinen Einlagen unter 600 Mark kommen in Preußen und Sachsen 3,4 Millionen Einleger; auf die großen nur 0,9 Millionen. Im ganzen Reich giebt es etwa sechs Millionen Sparere; dabei kommen im Durchschnitt auf ein Sparparnissenbuch 530 Mark. In Sachsen gehören 28 pCt. der ganzen Bevölkerung zu den kleinen Einlegern, d. h. relativ 4 mal so viel wie in England, dem Rußland der Postparnissen. Die Sparparnisse in München hatte 1882 26 pCt. ihrer Einlagen von Dienstboten, 28 pCt. von Handwerkern und Arbeitern; auf die einzelne Dienstboteneinlage kamen im Durchschnitt 126 Mark, auf die eines Arbeiters 127 Mark. In Württemberg waren 49 pCt. der Einlagen von Dienstboten mit je 54 Mark; 38 pCt. von Arbeitern mit je 65 pCt. im Durchschnitt. In Sachsen war der Durchschnittsbetrag der Einlagen der kleinen Leute noch wesentlich geringer; die größte Sparparnisse dort, Dresden, nimmt nur Einlagen an bis zur Höhe von 600 Mark; der Durchschnittsbetrag des einzelnen Guthabens ist 182 Mark. In Leipzig, der zweitgrößten Sparparnisse, waren $\frac{1}{4}$ aller Einleger aus dem Dienstboten- und Arbeiterstande. Der fernere Vorwurf der Motive gegen die Gemeinde-Sparparnisse, daß sie wegen der wenigen Annahmestellen den ärmeren Klassen nicht genug zugänglich seien, ist offenbar, seitdem das System der Sparparnissen mehr und mehr Blay greift, gänzlich gegenstandslos; seitdem nehmen denn auch die Einlagen der kleinen Leute noch mehr und mehr zu. Im Deutschen Reich sind 1891 Sparparnissen zu 5 und 10 Bfg. bereits im Betrage von 1.800.000 Mark verausgabt. In Sachsen wird in allen Werkstätten, Volksschulen, Fabriken in dieser Weise gespart; jeder dritte Einwohner Sachsens ist jetzt Inhaber eines Sparparnissenbuches. Die Motive bemängeln ferner bei den Gemeinde-Sparparnissen, daß die Uebertragbarkeit der Einlagen im Wege der Vereinarbeitung nicht zu erreichen sei. Auch dieser Vorwurf ist unbegründet; in Rheinland, Westphalen, und dem Königreich Sachsen ist die Uebertragbarkeit bereits eingeführt; es wird davon aber ein außerordentlich geringer Gebrauch gemacht; in Sachsen haben es nur 0,7 pCt. der Sparer gethan; in Berlin sollen seit Einführung der Uebertragbarkeit überhaupt nur 3 Fälle ihrer Anwendung vorgekommen sein. Es wird dann gesagt, daß die Gemeinden die Vermittelung der Post in Bezug auf die ihnen von dieser angebotene Verwaltung der Sparparnissen nicht angenommen haben. Die Bedingungen der Post waren aber thatsächlich unannehmbar. Während gegenwärtig die sächsischen Gemeinden die Verwaltung ihrer Sparparnissen nur 3,10 Millionen Mark kostet, hätte die Post den Gemeinden für diese Verwaltung 10,19 Millionen Mark abgenommen. Die Motive suchen die Befürchtung zu widerlegen, daß die Postparnissen die bestehenden Kommunalparnissen schädigen würden. Letzteres würde allerdings der Fall sein, wenigstens, wenn die Postparnissen mit den Privilegien der Vorlage ausgestattet werden. Im Auslande hat man ähnliche Erfahrungen gemacht. Vielleicht werden die großen Gemeinde-Sparparnissen durch die Konkurrenz der Postparnissen unberührt bleiben. Gerade die mittleren und kleineren aber werden ganz sicher zu Grunde gehen, und gerade diese letzteren haben in neuester Zeit um 30 pCt. zugenommen. In Sachsen sind ferner 284 Millionen Mark oder 70 pCt. des gesammten Sparparnissenvermögens der Sparparnissen in Hypotheken angelegt. Wenn nun ein kleiner Gutsbesitzer eine Hypothek braucht, so ging er zum Bürgermeister, und sie wurde ihm von diesem, welcher seine persönlichen Verhältnisse genau kannte, aus den kleinen Gemeindeparnissen gewährt. Auch in Preußen sind 73 pCt. der sämmtlichen Sparparnissen den lokalen Kreditbedürfnissen gewandt. Das wird anders werden mit Einführung der Postparnissen. Dann flieht das Guthaben an die Staatskassen, und der Hypothekverleiher wird ganz empfindlich darunter leiden. So oft ist ferner geltend gemacht worden über die gegenwärtige Ueberlastung der Gemeinden. Durch die Postparnissen werden Sie den Gemeinden aber noch die Vortheile entziehen, die sie bisher aus den Ueberflüssen ihrer Sparparnissen gehabt haben. Das ist ein großer Schaden, der für die Gemeinden aus der Vorlage resultiren würde. Es giebt nun ja Gegenden in Deutschland, wo das Sparparnissenwesen noch wenig entwickelt ist; dort könnte ja die Post beauftragt werden, Sparparnissen für Rechnung der einzelnen Gemeinden anzunehmen, um den Leuten das Sparen zu erleichtern. Will man die

Das Werbe-Depot zu Harderwyk.

(Schluß.)

Die Verhältnisse gerade in dieser Beziehung sind so empfindend, daß es durchaus notwendig ist, dieselben einmal ohne Scheu öffentlich zu beleuchten. Während nämlich den anderen Soldaten der Besuch der Wirthshäuser bis 10 Uhr Abends freisteht, kann der Glückliche, welcher Urlaub erhält, in den Kasernen eine Stunde länger verweilen. Dann aber muß er gleichfalls in das Quartier zurückkehren — es sei denn, daß er's vorzieht, den Urlaubs-Besuch in einem der vom Staate konfessionierten Bordelle abzugeben, wo er nun, nach Entladung der üblichen Lüge, die Nacht in den Armen einer jener Sirenen zubringt, die aus den Hafenstädten, selbst als für Matrosen zu schlecht, emporstehen sind. Schloß 11 Uhr erscheint auf der Kasernen-Wache ein Polizeist, welcher die Riste der Verurtheilten in Empfang nimmt, und sich dann in Begleitung einer Patrouille in die verschiedenen öffentlichen Häuser begibt, um die dort niedergelassenen Urlaubspässe mit jener Riste zu vergleichen. Während der Nacht sind die Bordell-Wirthshäuser für die bei ihnen schlummernden Krieger veranwortlich; auch dafür, daß die Leute des Morgens pünktlich bei der Revue wieder in der Kaserne eintreffen. Fehlt bei dieser Inspektion ein Mann, so herrscht die größte Aufregung. Drei bis vier Patrouillen in Begleitung von Polizeist durchstreifen sofort die Stadt und dringen in alle öffentlichen Lokale; es wird nach den umliegenden Koffern telegraphirt, das ganze Meer von Gensdarmen und Feldwächtern, welche um Harderwyk herum stationirt sind, macht sich auf die Beine, da auf die Ergreifung des Flüchtlings stets ein Preis von 10 Gulden gesetzt ist. Gewöhnlich wird der „Defecteur“ betrunken in einer Gasse vorgefunden. Den genannten Preis kann sich übrigens auch jeder Zivilist verdienen, wenn er einen Angeworbenen festnimmt, der den Ruyon der Stadt überschreitet, oder wenn er einen Soldaten ansieht, der ein dem Militär verbotenes Lokal besucht. Dem Mann wird der Preis von seinem Traktament abgezogen, und außerdem trifft ihn eine schwere Strafe, die für derartige Fälle nie unter vierzehn Tagen strengen Arrest bemessen wird. Es bedarf wohl keiner näheren Erläuterung, wie hoch unter solchen Umständen der indische Soldat in der Achtung der bürgerlichen Bevölkerung steht. Er ist ein Stück Wild, auf das alle Jagd zu machen berechtigt sind, und an dem Hardgeld, welches er für Vermittlung seines Körpers erhält, glaubt Jeder einen Antheil zu haben. Es ist aber auch dafür gesorgt, daß den Neugeworbenen die Gelegenheit nicht fehlt, ihr Geld noch in Harderwyk los zu werden. Alles ist ausfol-

lend theuer und schlecht, das elendeste Getränk wird zu fabelhaften Preisen vertrieben. Ebenso unvorhältnismäßig theuer ist das Essen in allen Lokalen, und oft ungenießbar. Es befindet sich in Harderwyk eine Armee von tüchtigen Weibsbildern aller Art, die unter dem Diamant als Sängerinnen, Klavierspielerinnen u. d. Prostitution stehen. Mehr oder weniger hulden auch die Frauen der Logementhalter und die Dienstboten derselben der Venus vulgiorum, und in den meisten Fällen weiß der Hausvater darum. Abend für Abend herrscht in der Stadt ein wildes, wüthes Treiben. Lärmende und betrunkene Soldaten ziehen durch die Straßen, von einer Kneipe in die andere; überall ertönt schrille Musik und heiserer Gesang; dazwischen entischen Schlägereien, es erfolgen Arretirungen; einen Augenblick ist Ruhe, dann bricht das Getöse um so ärger los. Um Verwundungen zu verhüten, soll kein Soldat ein Messer bei sich führen — eine weise Vorsichtsmaßregel; als ob nicht ein zerbrochenes Glas oder ein handfestes Stuhlbein ebenso gefährliche Waffen liefern!

So lebt der junge Soldat in einem wilden Zaumel, bis der Tag der Entschiffung kommt, der immer ein Sonnabend ist. Schon am Abend vorher sind alle Luppen eine Stunde früher konfignirt. Am Tage ist mehrere Male Appell gewesen, wo die Mannschaften ihre Sachen vorgehen müssen. Diese Revision ist nicht überflüssig, da das Verlaufen der Montirungsstücke durchaus nicht selten geschieht. Bei dem letzten Appell, der von dem Kommandeur des Werbe-Depots selbst abgehalten wird, sehen die jungen Mannschaften diesen zum ersten und einzigen Mal in einer dienstlichen Funktion. Sonst bemerkt man von seiner Anwesenheit durchaus nichts. Der Kommandeur des Werbe-Depots ist ein holländischer Stabs-Offizier, gewöhnlich ein Oberst-Leutnant oder Oberst. Er hat in der Kaserne ein Bureau, dem ein Lieutenant als Adjutant vorsteht; diesem sind als Gehilfen und Schreiber mehrere Unteroffiziere beigegeben. Da der Kommandeur selber nur wenige Augenblicke täglich auf dem Bureau erscheint, um Rapporte entgegenzunehmen, Strafen zu verhängen u. s. w., so ruht die ganze Arbeitslast auf den Schultern seines Adjutanten. Dieser überläßt wieder das Meiste den Unteroffizieren, unter denen sich gewöhnlich ein sehr befähigter Mensch befindet, der auch eigentlich die Seele des ganzen Betriebes ist. Er verkehrt mit allen Weibern, mit allen Logementhaltern, und es hängt von ihm ab, ob die Papiere der Rekruten genähend besunden werden. Daher ist er in ganz Harderwyk eine angesehenere Person, um dessen Gunst es sich zu buhlen verlohnt. Wie er in Folge seiner Sympathien im Deutschen, Französischen, Englischen u. d. d. h. bewußt, ist maßgebend, und dieses Urtheil soll wieder abhängig sein von den Banknoten, welche man zwischen

die Papiere gelegt hat. Es soll daher vorkommen, daß Leute mit echten Attesten abgewiesen, andere mit gefälschten Papieren anstandslos angenommen werden. Daß hier wirklich Unterschleife der größten Art gewöhnlich sind, sieht man aus dem Aufwand dieser Herren Unteroffiziere, deren offizielles Einkommen täglich 15 bis 20 Groschen beträgt. Ob auch die Offiziere in solchen Nebengeschäften verwickelt sind, läßt sich weniger beurtheilen; jedenfalls aber üben sie eine merkwürdige Nachlässigkeit; es liegt ihnen ausserordentlich nur daran, daß der Form genügt wird; welcher Art die Rekruten und ihre Papiere sind, ist ihnen in der That gleichgültig. Es müßte doch ein wahres Wunder sein, wenn von all diesen Untreuen, die in Harderwyk jedes Kind kennt, gerade die Offiziere nicht erfahren. Vermuthlich handeln sie nach höheren Anweisungen, und vermeiden bei Annahme der Rekruten nur das, was ihre Regierung mit fremden Staaten in Konflikt bringen würde, lassen aber im Uebrigen „hüß gerade“ sein, weil es sonst bald an dem nöthigen Mensch-Material fehlen müßte.

Am Tage der Entschiffung entfaltet sich ein seltsames Schauspiel. Schon am Abend vorher ist es in der Stadt viel ruhiger gewesen; manche Logementhalter und Kneipwirth haben, aus Furcht vor den von ihnen gepöbelten und ausgezogenen Soldaten, ihre Lokale garnicht zu öffnen gewagt; einzelne unternehmen sogar kleinere Reisen für diesen Tag, um ihre werthe Person in Sicherheit zu bringen. Am folgenden Morgen tritt dann das Detachement der Angeworbenen, 200 bis 400 Mann stark, an; es wird zwischen den Pagonetten der Mannschaften des Werbe-Depots zum Bahnhofs gebracht, und sofort in einen bereitstehenden Extra-Zug gepackt. Die Koupes werden von Außen sorgfältig verschlossen, Brot und Käse liegt für die Insassen auf den Bänken bereit, Niemand darf und kann den Zug bis Amsterdam verlassen. Hier steht auf dem Bahnhof schon ein stilles Biquet-Scrolostat, welches die Ankömmlinge bis an das Schiff eskortirt. Sobald der letzte „Coloniaal“ an Bord ist, wird die Planke weggezogen, und das Schiff geht sofort unter Dampf; ein Entrinnen ist nicht mehr möglich. Während der ganzen fast siebenwöchentlichen Reise, wo der Soldat übrigens gut verpflegt wird, aber schlecht logirt ist, darf Niemand das Schiff verlassen; nur von Weitem können die Passagiere das rege Treiben im Hafen von Southwpton beobachten, nur von Ferne den bezaubernden Anblick von Neapel genießen; in Port Said umweht sie der erste Hauch orientalischen Lebens; in Suez und Aden laufen sie Früchte von den wüthgeliebten schmutzigen Arabern, die zu ihnen an Bord kommen — bis die grüne Insel Java Alle aufnimmt, um nur Wenige wieder zurück-
Lassen zu lassen. — — —

Postsparkassen überhaupt einführen, so wird im Gesetz bestimmt werden müssen, daß erstens der Zinsfuß von 3 auf 2½ pCt. herabgesetzt wird; daß zweitens die Maximaleinlagen nur höchstens 300 Mark statt 800 Mark betragen dürfen; und daß endlich auch sonst die Postsparkassen in keiner Weise gegenüber den Gemeindeparkassen privilegiert sind. Eine Schädigung der Gemeindeparkassen wäre eine solche für das ganze Land. (Zustimmung bei der Reichspartei.)

Abg. Kalle: Es sind vielerlei Bedenken, die gegen die Vorlage vorgebracht werden. In Bezug auf das Bedenken, ob die Vorlage mit der Verfassung vereinbar ist, genügt für mich, daß sie von verschiedenen rechtswissenschaftlichen Männern im Bundesrath geprüft ist, und daß diese sich für dieselbe ausgesprochen haben. Was das konstitutionelle Bedenken, die Furcht vor allzu großer Stärkung der Staatsgewalt durch die Postsparkassen betrifft, so verweise ich darauf hin, daß dieselben aus dem klassischen Lande des self government kommen; ich halte dieses Bedenken für nicht erheblich. Wichtiger ist die Befürchtung, daß der Staat in Zeiten wirtschaftlicher oder politischer Krisen in Verlegenheit gerathen könnte. Die Erfahrungen, die in den Kriegsjahren 1866 und 1870/71 gemacht worden sind, beweisen aber, daß dieselbe nicht begründet. In Preußen fanden im Jahre 1866 bei den Sparkassen Rückzahlungen nur in unbedeutendem Umfange statt; nur die Einnahmen waren geringer; und 1870 wuchs sogar das Guthaben. In Frankfurt a. M. erfolgten 1868 nur 10 pCt. mehr Rückzahlungen als Einzahlungen. In Wien wurden sogar 2 Millionen Gulden mehr ein- als zurückgezahlt. In ganz Frankreich ging 1870/1871 das Guthaben um 22 pCt. zurück. Diese Zahlen müssen sicher beruhigend wirken. Gerade die kleineren Leute sind eben am Wenigsten ängstlich und bewahren am ehesten das Vertrauen. Jedenfalls ist aber in dieser Hinsicht die größte Vorsicht geboten. Man wird namentlich durch zweifelhafte Anlage der Kapitalien und zweifelhafte Einrichtung der Kündigungskonten dieser Gefahr vorbeugen müssen; und nach dieser Richtung enthält der uns vorliegende Entwurf entscheidende Vorzüge gegenüber dem englischen und französischen Gesetz. Endlich wird eingewendet, daß die Postsparkassen die bestehenden Sparinstitute schädigen würden. Meine politischen Freunde und ich erkennen das Verdienst der bestehenden Sparkassen voll und ganz an, insbesondere den hohen Werth, den sie geholt haben und noch haben für die Befriedigung des lokalen Kredits. Ich stimme vollständig dem Referenten auf dem Hannoverschen Sparkassentage bei, daß die Geschichte unserer Sparkassen ein Ehrenblatt in der Geschichte des deutschen Volkes sei. Wir wollen deshalb alle Bedenken nach dieser Seite ernstlich prüfen, umso mehr, als manche meiner Freunde dieselben für so schwerwiegend erachten, daß sie die ganze Vorlage deshalb mit wenig günstigen Augen ansehen. Die bestehenden Sparkassen genügen dem Zwecke, den arbeitenden Klassen das Sparen zu ermöglichen, nicht vollkommen. Es bestehen nämlich 3000 Sparkassen in ganz Deutschland, und die Einlagen in dieselben betragen 3 Milliarden Mark. Aber es fehlt ein gleichmäßiges, großes Netz von Sparkassen; während das Sparkassenwesen in Sachsen, Hessen, Hannover, im Rheinland und Westfalen, in den Bezirken Oppern und Rheinisch reich ausgebildet ist, kommt im Osten nur auf 60 000 Einwohner eine Sparkasse. Und darunter giebt es Kassen, die nur ein- oder zweimal wöchentlich geöffnet sind, und die täglich geöffnet haben zum großen Theil Mittagsstunden. Auch die verchiedene Einrichtung der verschiedenen Kassen erschwert das Sparen. Diese Mängel sind übrigens nicht von der Regierung zuerst zur Sprache gebracht worden. Schon auf den deutschen Sparkassentagen sind sie wiederholt ausgesprochen und Wänderungen angeregt worden. Ich freue mich, daß neuerdings auch vieles geschehen ist, um Verbesserungen herbeizuführen; ich denke namentlich an die Biennissparkassen. In meinem Wahlkreise allein sind 61 Biennissparkassen eingerichtet worden. Den bestehenden Mängeln aber gründlich Abhilfe zu schaffen, dazu sind nur die Postsparkassen im Stande, namentlich auch in Hinsicht der Uebertragbarkeit der Einlagen. Daß die Postsparkassen den Bedürfnissen gerade des kleinen Mannes entsprechen, beweist der Umstand, daß im ersten Jahre des Bestehens derselben in Holland ein Drittel der Einlagen unter 1 Gulden und in Oesterreich 90 Prozent unter 5 Gulden betrug. Der Rückgang der bestehenden Sparkassen nach Errichtung der Postsparkassen in England hatte nur seinen Grund in der Vernachlässigung der zur Zeit dort vorhandenen Privatsparkassen; in Frankreich ist eine solche Schädigung nicht eingetreten. Wir wünschen aber eine Verbesserung der Vorlage im Sinne der an uns herangetretenen Wünsche der Vertreter der bestehenden Sparkassen. Es möge in der Kommission namentlich die Frage des Zinsfußes, der Maximaleinlage, der Verlehnung von Schuldverschreibungen erwogen werden. Es soll auch dafür Sorge getragen werden, daß nicht mehr Geld als nothwendig nach der Centralstelle flücht; ein möglichst großer Betrag soll den Sparkassen, welche die nöthigen Garantien bieten, verbleiben. In diesem Sinne bitte ich die Vorlage an eine Kommission zu verweisen und hoffe, daß das deutsche Reich, das auf dem Gebiete des Arbeiter- und Versicherungswezens die Führung übernommen hat, nun auch auf dem Gebiete des Sparkassenwesens seine Pflicht erfülle.

Staatssekretär Stephan: Die Vorlage ist lediglich aufzufassen als ein Ausfluß der Sozialpolitik, welche in der Allerhöchsten Botenschaft angekündigt worden ist. Alle, welche diesen Dingen folgen, werden sich auch mit dieser Vorlage befreunden müssen. Dieselbe ist zu betrachten als ein wichtiges Glied in der Kette von Maßregeln, welche von der Regierung zu Gunsten der nicht bestehenden Klassen getroffen sind. Daß auch das Sparen ein wichtiger Faktor ist zur Erhebung der wirtschaftlichen Verhältnisse, bedarf nicht der Erörterung, auch nicht der moralische Werth, welcher demselben zuzuschreiben ist; es ist aber auch ein Element staatsbehaltender Kraft und die Aufgabe einer weisen Politik, den Sparkassen zu fördern. Nun sollen zu diesem Zwecke die Organismen in Thätigkeit gesetzt werden, welche das Reich in seinen Vertheilungsstellen besitzt. Wir haben im Reichspostgebiete 15 000 Postanstalten, Privatsparkassen sind jetzt 3000 vorhanden; nehmen Sie unsere Vorlage an, so würden sich die Sparkassen mit einem Saldo um 12 000 vermehren. Es läme sodann eine Sparanstalt auf 4500 Einwohner und 40 Quadrat-Kilometer. Der Herr Vortredner hatte Ihnen ein lebendiges Bild entworfen, wie ungleich die Sparkassen jetzt vertheilt sind. Für die Landbevölkerung sind dieselben geradezu als unbrauchbar zu bezeichnen. Die Postsparkassen dagegen werden an jedem Tage zugänglich sein und in der besten Tageszeit. Die Post ist ausgerüstet mit sachkundigen Beamten. Wenn bemerkt worden ist, daß die Postbeamten der Bevölkerung nicht so nahe stehen, wie die Gemeindebeamten, und daß sie öfter wechseln, so muß ich das als einen Vorzug bezeichnen. Es liegt im Interesse der Sparer, daß die Beamten nicht einen so tiefen Einblick in ihre Verhältnisse bekommen. Das ist nicht angenehm, einmal, wo es sich um Veranlagung zur Steuer handelt. Die Post besitzt vorzügliche Kasseneinrichtungen für den Sparkassendienst, sie hat einen guten Kontrollapparat, der für das Sparkassenwesen lothfrei zur Verfügung gestellt wird, und darüber hinaus bietet sie den Vortheil einer einheitlichen Organisation, der die Uebertragbarkeit der Sparkassenscheine in erster Linie ermöglicht; gerade das ist ein wesentliches Moment. Durch die Gestaltung unseres wirtschaftlichen Lebens ist die arbeitende Bevölkerung mehr und mehr eine fluktuierende geworden. Wenn die Entzerrung herannahet, wenn in der Provinz Sachen die Zuckerkampagne beginnt, wenn Tunnelbauten gemacht, Meliorationsarbeiten veranstaltet, Eisenbahnen gebaut werden, ziehen die Arbeiter von einem Ende Deutschlands zum anderen. Da ist es wichtig, daß die Sparkassenscheine übertragbar werden. Daß die Uebertragung in Sachen nur in geringem Maße in Anwendung gekommen ist, beweist doch noch nicht,

daß das Bedürfnis derselben überhaupt nicht existirt. In England betragen die Uebertragungen 1862 4 pCt., 1868 19 pCt. Frankreich hat Postsparkassen seit dem Jahre 1881. Die Uebertragungen machten 1883 5,58 pCt. aus, und der Werth derselben belief sich auf 8,44 pCt. der Einlagen. Vergessen Sie übrigens nicht, daß Sie nach Annahme der Vorlage neben der großen Zahl fester Annahmestellen 20 000 mobile in unseren Landbriefträgern erhalten, die täglich einmal und nach den neuerlichen Anordnungen jetzt schon vielfach zweimal bis in das letzte Wohnhaus kommen. Wenn denselben die Annahme von Postanweisungen und die Einsetzung von Zeitungsgebern übertragen werden konnte, so werden sie auch mit der Annahme von Spargeldern betraut werden können. Der Befähigung der Post zur Uebernahme des Sparkassenwesens entspricht der Erfolg, der in anderen Ländern mit den Postsparkassen gemacht ist. In England sind seit 1862 41 768 000 Pfr. in den Postsparkassen angelegt, in Italien seit 1874 140 000 000 Fr., in Frankreich seit 1882 105 000 000 Fr., in Oesterreich 14 000 000 fl., in Belgien 52 500 000 fr., in Holland 3 500 000 fl. Ähnlich sind die Erfahrungen in anderen Ländern, und diesen Thatsachen entsprechend und in der Ueberzeugung, daß dieselben nicht Konkurrenz der Privatsparkassen, sondern lediglich Mitarbeiter derselben werden würden, haben auch die Sparkassentage ihre Beschlüsse gefaßt; nur von Sachsen aus ist Widerspruch gegen die Postsparkassen erhoben worden. In Sachsen sind jetzt 178 Sparkassen vorhanden, aber nach Einführung der Postsparkassen würde die Zahl derselben auf 500 bis 600 erhöht werden, und wenn die Einzahlungen bei den Privatsparkassen hier schon eine bedeutende Höhe erreicht haben — 226,825,000 M. —, so beweist doch der Durchschnitt der auf jedes Sparkassenbuch fallenden Beträge und die Höhe der jährlichen Einzahlungen, daß hier in Sachsen die Sparkassen vielfach von den bemittelten Klassen zu Kapitalanlagen benutzt werden. Der Adressat hat gewünscht, daß gleiches Weiter und gleicher Wind für beide Kassentypen eintreten, und deshalb auch den Privatsparkassen die Postfreiheit bewilligt werden möge. Aber das Gesetz ergibt doch, daß die Vortheile ganz auf Seiten der Postsparkassen liegen. Denn welche Privatsparkasse schreibt ein so geringes Maximum und einen so niedrigen Zinsfuß vor als die Postsparkasse? Daß nach Einführung der Postsparkassen in England Privatsparkassen eingegangen sind, ist richtig, aber der Grund für diese Erscheinung ist doch nur in den ganz besonderen Verhältnissen jener englischen Kassen zu suchen. Es waren in den meisten Fällen sogenannte trustee-Banken, denen die Anlehnung an die Kommunalverbände fehlte. Es ist sodann auch hervorzuheben worden, daß im Falle eines Krieges die Postsparkassen einer besonderen Gefährdung ausgesetzt wären. Auch hier gebe ich die Thatsache zu, aber dieselbe hat doch nicht die kontinentalen Staaten abgehalten, zu der wohlthätigen Einrichtung der Postsparkassen überzugehen. Auch sind ja, wie das Gesetz angeht, besondere Schutzmaßregeln für diesen Fall vorgezogen, ein Theil der Gelder wird in leicht flüssig zu machenden Wechseln angelegt werden. Es ist dann auf eine Bemerkung von Seite angepielt worden, daß die Zentralisation in einer Hand ein Unglück sei, aber diese Behauptung trifft ja hier nicht zu. Die den Sparkassen zustehenden Gelder bilden bei uns nur einen Durchgangsposten, sie werden auf Verlangen an die Landes-Regierungen und an die Kommunalverbände zu Landeskulturstücken abgegeben werden. Auch die Behauptung, daß den Gemeinden und Kreisparlamenten durch die Postsparkassen eine gefährliche Konkurrenz bereitet werde, halte ich für unbegründet. Wir werden in der Kommission weitere Nachweisungen darüber geben, daß beide Arten von Kassen neben einander bestehen und sich sehr wohl mit einander vertragen können, im Gegentheil, daß jene Privatsparkassen aus der Einführung der Postsparkassen nur eine Stärkung erfahren. Nach sechsjähriger erster Prüfung und Studien, die wir in allen europäischen Ländern haben antworten lassen, legen wir Ihnen die Frucht derselben in diesem Gesetz vor, das ausgearbeitet worden, eist nachdem wir uns überzeugt, daß es nach keiner Seite hin nachtheilig sein werde. Ueberdies sind ja gerade für die Privatsparkassen besondere Schutzmaßregeln getroffen, die ich vorher bereits erwähnte. Was die Verwaltung betrifft, so wird dieselbe dem Reichs-Invalidentfonds übertragen werden. Damit sind alle konstitutionellen Garantien für die richtige Führung derselben gegeben, und zugleich bekundet die bisherige Geschäftsführung des Reichs-Invalidentfonds, daß auch für die Postsparkassen in dieser Beziehung nichts zu besorgen ist. Ueberrascht will das Reich mit den Postsparkassen für sich nicht erzielen, dieselben sollen nur den Sparer zu Gute kommen. Die Reichsregierung wird zufrieden sein, wenn ein Gesetz zu Stande kommt, das sie für segensreich erachtet für das Vaterland, insbesondere für die unbemittelten Klassen unserer Bevölkerung. (Beifall.)

Abg. Schenk (deutsch-freistänig): Der Sparmann wird ja am besten gefördert durch Vermehrung der Spargelegentheit. Soweit die Vorlage hierauf abzielt, siehe ich durchaus auf dem Boden derselben. Wenn aber den Postanstalten noch weitere Funktionen gegeben werden, wenn sie die Gelder verwalten und anlegen sollen, so ist das doch sehr bedenklich. Wir stehen hier noch auf demselben Standpunkte, den der General-Postmeister Stephan im Jahre 1878 einnahm, wo er ebenfalls solche erweiterten Aufgaben der Post nicht für zuträglich hielt. Das Sparkassenwesen in Deutschland hat sich allgemein bedeutend gehoben; es haben sich Sparkassenverbände, darunter z. B. ein „Deutscher Sparkassenverband“, gebildet; Pfennigsparkassen sind eingerichtet worden. Diese Sparkassen jetzt durch eine Konkurrenz zu schädigen, ist bedenklich. Wenn vielleicht auch einige wenige der vorhandenen Gemeindeparkassen ihre eigentlichen Aufgaben vergessen haben und mehr auf die Ansammlung großer Kapitalien bedacht waren als auf Sparsparlagen des kleinen Mannes, so verschwinden diese Fälle doch gegenüber der ganzen großartigen Entwicklung unseres Sparkassenwesens vollständig. Die Post sollte, statt die Gelder zu verwalten, vielmehr dieselben nur annehmen dürfen und sie dann den bestehenden kommunalen Sparkassen übermitteln. Es ist ferner nicht akzeptabel für uns, daß, wie es die Vorlage will, die Postsparkasseneinlagen an einer Stelle centralisiert werden. Die Centralstelle kann über die Verwendung der Gelder im Interesse der einzelnen Landesregierungen nicht richtig entscheiden. Es soll zwar ein Theil an die Landesregierungen überwiesen werden, aber das wird wohl nur in seltenen Fällen geschehen. Es ist sehr fraglich, ob die Anlage der Gelder wirklich im Interesse der kleineren Leute erfolgen kann. Eine solche Centralbehörde wird sich nicht gern mit vielen kleineren Geschäften abgeben, sondern lieber größere zu machen suchen. Das ist unser schwerwiegendstes Bedenken. Bei irgend welchen Krisen, schlechten Konjunkturen u. s. w. werden die Kündigungen der Gelder so zahlreich sein, daß das Reich vielleicht nicht allen Ansprüchen zugleich wird genügen können. Wenn dann das Reich von dem ihm nach dem Gesetz zustehenden Recht der Verlängerung der Kündigungfrist Gebrauch macht, so wird wieder der Sparer geschädigt werden. Mit einer kommissarischen Betrachung der Vorlage bin ich einverstanden.

Abg. Günther (Sachsen): (Auf der Journalisten-Tribüne schwer verständlich.) Es handelt sich hier nicht um speziell sächsische, sondern um allgemein deutsche Interessen; aber auch von diesem Standpunkt werden die Vortheile, die die Vorlage gewähren kann, durch die Nachtheile derselben überwogen. Ich bin durchaus kein Gegner der Ausdehnung des staatlichen Einflusses im wirtschaftlichen Leben; ich sehe völlig auf dem Boden der laienlichen Volkswirtschaft vom 17. November 1881; gleichwohl aber muß ich sagen, die staatliche Konkurrenz gegenüber den bestehenden Gemeindeparkassen ist vom Uebel. Hier will man ein großes Staatskapital gründen und damit den kleineren Sparkassenkapitalien Kon-

kurrenz machen, während man sonst immer die Konkurrenz und Vernichtung des kleinen Kapitals durch das große beklagt. Während jetzt die Sparkasseneinlagen für kleine Leute nutzbar gemacht werden, wird die ihnen Einlagen größere Finanzoperationen vorzunehmen sie würde das Geld in Papieren anlegen und dabei der Börse abhängig werden, während die kleineren dem ländlichen Kredit, dem sie vorzugsweise bisher hatten, verloren geben. Die kleineren Bauern werden Buchhalter in die Arme getrieben. (Sehr richtig! richtig! bitte, die Vorlage einer Kommission zu überweisen, hauptsächlich darauf ihr Augenmerk zu richten haben, es zu einer Verständigung mit der Post und den Sparkassen kommt.)

Abg. v. Helldorff: Meine Partei verkennt großen sozialen Werth der Postsparkassen; sie erkennen selbst einen großen Fortschritt im Interesse der Bevölkerung. Insofern muß das Gesetz noch mehrfach abgeändert namentlich in dem Sinne, daß der kleine Kredit für den Mann nicht erschüttert werde. Auch in Bezug auf die Einlagen trifft die Vorlage wohl nicht das Richtige, die Kommissionsberatungen werden dahin gehen, wir uns über eine brauchbare Fassung der Vorlage geeinigt (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Auch bei meinen Freunden sind lebhafteste Bedenken gegen die Vorlage geäußert, es scheint sogar, daß die Bedenken überwiegen. Die Vorlage bietet die Vorlage verfassungsmäßige Schutz, sie erweitert die Kompetenz des Reichs, und jeder Staat wird berechtigt sein, ein solches Gesetz, als fassung widersprechend, bei sich nicht zur Ausführung zu Zwang gelöst das Postwesen zur Kompetenz des Reichs handelt sich aber nicht um eine Posteinrichtung, um Verstaatlichung des ganzen Sparkassenwesens, seiner schwere soziale Bedenken vor; es handelt sich um die Centralisation der Sparnisse der ganzen Nation; die Sparkassen würden allmählich aufhören und alle die große Centralstelle Berlin fließen. Man soll einzelnen Adern in einem Körper blutleer machen, Blut in einem einzigen Gefäß des Körpers sammeln, unzweifelhaft würde der gesammte Kreditverkehr durch Lage beeinträchtigt werden. Mit vollem Recht wünschen aus Sachsen nicht, daß das sächsische Kapital nach Konzentration des Kapitals in einer Hand, Direktoren alle Gefahren, die das hat, zusammengezeichnet, die Posttheile der Vorlage auf. Es wird ein Desunifikation des Reichs, für die Befestigung der Reichsgeheimnisse, das ist ein wichtiges politisches Bedenken, die Vorlage im Einzelnen behalten wir uns natürlich die Hand frei und sind für kommissarische (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Stephan: Bei dem Vortrage man niemals klar; bei ihm geräth man sich in die Gefahr, er ist der Vater aller Hindernisse. (Widerspruch im Centrum.) Auf seine Befassungsbedenken erwidere ich, daß der im Bundesrath die Zustimmung der verbündeten Regierungen erhalten hat. Wenn der Abg. Windthorst von einer solchen Verstaatlichung des ganzen Sparkassenwesens spricht, weiß ich nicht, welches die Quelle für seine Behauptung ist. In keinem Punkte der Vorlage oder der Rolle der Rede. Ein solches Vorhaben würde auch im Widerspruch den entschiedensten Widerspruch stoßen, und nicht nur von Seiten Preußens. Daß die jetzt bestehenden Sparkassen nicht aufhören würden, ist schon von anderen Rednern mir selbst nachgewiesen. Von der Absicht der Ueberführung des gesammten kleinen Kapitals nach Berlin ist auch nirgends in der Vorlage etwas. Ein solches Streben würde auch für die Gesundheit des Reichs und Staaten sehr nachtheilig werden, und mit welcher einer solchen Maßregel nie unsere Zustimmung. Ein solches Gesetz verfolgt keine andere Tendenz, als die, das arbeitenden Klassen zu fördern.

Abg. Stolle (Sozialdemokrat): Wir halten es für nützlich, das Sparen künstlich zu erzeugen, wie es die will. Bis jetzt ist noch nicht das geringste Friedrichs-Moment gegen die Gemeindeparkassen erhoben worden, hat diese Vorlage außer der wirtschaftlichen nach einer Seite, die eben der Abg. Windthorst schon hervorzuheben. Man sollte lieber für bessere Arbeitslöhne sorgen, Postsparkassen zu gründen; man sollte lieber den Gemeinden helfen, wie man es auch bei Einführung des Tariffs verheißt hat; man soll aber nicht die Gemeindeparkassen weiter schädigen, indem man ihnen die Sparkasseneinlagen nimmt. Ein Hauptvortheil der bisherigen Sparkassen ist den kleineren Leuten Kredit gegeben haben. Was man mit dem großen Centralfonds geschehen, in welchem Sparkasseneinlagen zusammenfließen werden? Die Kapitalien gewaltiger Kapitalien in einer Hand ist ferner ein gefährliches Nothmittel für die Regierenden, das Regierenden nicht genähren wollen. Wir sind daher nicht für eine Kommissionsberatung, sondern bitten die Vorlage einfach abzulehnen; dann weiß das Land es ist.

Abg. Windthorst: Ich begreife nicht, wie der Sekretär sich mit solcher Leidenschaftlichkeit gegen mich konnte; und ich weiß nicht, ob überhaupt ein Widerspruch der Städte und Regierungen berechtigt ist, sich gegen ein solches Haus zu äußern. Es scheint, als ob der Widerspruch der Regierung nachstehenden Vätern, mich anzugreifen, ansetzt. Ich werde angegriffen, obwohl ich gefogt habe, was die Redner vor mir doch gleich gesprochen haben. Gaben die Herren Adersmann und nicht dieselben Hindernisse bereitet? Und sind nicht um die Bedenken gegen eine Sache nach allen Richtungen vorzugehen? Derartige Angriffe werden mich nicht Vorlagen der Regierung zu kritisieren. Hindernisse man übrigens in solcher Weise nicht. Der Reichstag nicht beruhigen, weil eine Vorlage der verbündeten Regierungen vorliegt. Sollen wir, wenn in verfassungsmäßige Rechte der Einzelstaaten werden, hier dazu stillschweigen? Sollen wir unsere Stimme erheben, wenn von der Post Eisenbahn darüber hinweggefahren wird? Der Reichstag wird die Konzentration der Sparnisse sein, dieselbe nicht beabsichtigt wird; und was das für ein Vorhaben ist, weiß jeder, der die Entwicklung der Sparkassen kennt und die Bedeutung des Kapitals kennt. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Stephan: Ich bin viel zu im Parlament, um unangenehm bestrübt zu werden, eine von mir eingebrachte Vorlage Bedenken geäußert und ebenso wenig kann es mich irritiren, wenn eine die mir lauer geworden ist, den Beifall einiger Redner findet. Ob sie auch den des Hauses nicht finden wird, wird sich später zeigen. Wenn mich ein unangenehm betreffen könnte, so wäre es mir ein Gewinn, die Wohlthat, die durch diese Vorlage erwiesen werden soll, aus den Einwänden, die mir gehört haben, ihm sollte vorenthalten bleiben. Ich merke ich, es ist ein alter Satz im parlamentarischen Leben, daß man dem Gegner keine anderen Motive unterstellt, die er selbst ausgesprochen hat. Herr Windthorst hat ausdrücklich den Regierungen die Absicht der Verstaatlichung des Sparkassenwesens untergeschoben; und dann alle Kapitalien aus diesem Unternehmen in die Hände einiger. (Abg. Windthorst: Das habe ich nicht. Daß ich mich dagegen namens der Regierungen

Behre setzen (all rechts.) Die Vorlage überlesen. Schluß 5 (Stat.)

6. Sitzung Am Mittwoch

Der Gesetz in Bürgerlichen in erster Lesung zur zur Uebernahme wird

Es folgt in dem rheinischen

Abg. Windthorst: Ich habe mich in dieser Begriffsaufklärung seit des Gegen

Zwang der Sache hält eine solche Verfassung der denn die durch

wirklich eine Vorhandlung Prinzipiell wird

teck der Zulassung fählichen Kritik Redner noch

bringung des ein Bedürfnis gends heraus

nach auch auf die gelegebung e Konsequenz

und der Barze Minister welche eine

rungen. Der Eigentümlich die Auffassung

Stammes wer den Nicht

legener Intelle rheinische Pro

möglichkeit der die in § 1 ter

auf Zusammen Einemigung ist

bestehenden in möglichkeit der

namentlich in Wege zur Kr

eingeschlagener Majoritätsbes

wozu wir nicht des ganze Ge

ähnlicher Ten Pädagogie und

seiten, welche Regierung lei

gericht hat sich über die ab

lagen wirtschaft für die ländl

potenzen Auto Abg. K

bringung der Auf des M

lange vorenh schauungen d

ziele des Ent schafflichen

ber in den f zusammenlegung

eingetreten sei mühe mitw

möglichst we schritt der

Gefahr über herauf.

Abg. B das Gesetz la

ein Verhältn hat Jahre

geprüft. Ich Kommission

empfehle der haltung bei

Demölerung dem Gesetz

der Städte baufen. Auf

Beize legen muß, werden Sie gewiß begreiflich finden. (Beifall rechts.)

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Clat.)

Abgeordnetenhause.

6. Sitzung vom 22. Januar 1885, 11 Uhr.

Am Ministerische Lucius, Friedberg und Kommissarien.

Der Gesegentwurf, betreffend die Vertretung des Fiskus im bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Justizverwaltung, wird in erster Lesung von den Abgg. Günther und Koeren kurz zur unveränderten Annahme empfohlen; die zweite Beratung wird im Plenum statifunden.

Es folgt die erste Beratung des Gesegentwurfs, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechts.

Abg. Reichensperger (Dsp): Das vorliegende Gesetz, das der Rheinprovinz aufgegeben werden soll, stellt sich in schreiendem Gegensatz zu den Rheinländern eigenen Begriffsauffassung von der Unantastbarkeit und Unverletzlichkeit des Eigentums. Beneficia non obtrudantur; der scharfe Zwang der Zusammenlegung, wie er hier beabsichtigt ist, enthält eine solche Verurteilung der bisherigen freien Agrarverfassung der Rheinlande, daß man billig fragen muß, ob denn die durch diese Befassung herbeigeführten Mißstände wirklich eine so radikale Veränderung rechtfertigen; das Vorhandensein solcher Mißstände kann ich nicht bezweigen. Prinzipiell widerspricht die Rheinische Provinzialordnung direkt der Zulässigkeit des ganzen Gesetzes. Nach einer sehr ausführlichen Kritik der Einzelbestimmungen des Entwurfs erklärt Redner nochmals, daß er die Verfassungsmäßigkeit der Einbringung des Gesegentwurfs auf das Entschiedenste bezweifle; ein Bedürfnis dazu habe sich auf dem linken Rheinufer nirgends herausgestellt. Die Arrondierung des Grundbesitzes ließe sich auch auf andere Weise, z. B. durch eine verbesserte Wegegelegenheit erreichen. Der Zwang der Vorlage führe in seiner Konsequenz geradezu zum Verbot auch des Wiederverkaufs und der Parzellierung. (Zustimmung im Zentrum.)

Minister Dr. Lucius: Die Vorlage ist eine solche, welche sine ira et studio sich erörtern läßt. Die Regierung rügt sich bei der Einbringung derselben auf 60-jährige Erfahrungen. Der Abg. Reichensperger überschätzt bei weitem die Eigenhümlichkeiten der Rheinlande; ich kann nicht zugeben, daß die Auffassung des Eigentumsbegriffs seitens des sächsischen Stammes weniger zäh und fest ausgeprägt sei als die des französischen. Nicht Bevormundung, sondern Selbstbestimmung überlegener Intelligenz liege in dem System des Entwurfs. Der Rheinische Provinziallandtag habe sich einstimmig für die Zweckmäßigkeit der Vorlage ausgesprochen, die Majorität auch für die in § 1 festgesetzten Modalitäten, unter denen der Antrag auf Zusammenlegung zulässig ist. Von einer zwangswelken Enteignung ist nicht die Rede, wenn auch der Eingriff in die bestehenden Verhältnisse ein sehr radikaler ist. Die Verfassungsmäßigkeit der Vorlage ist von keinem Mitgliede der Regierung, namentlich nicht vom Justizminister bezweifelt worden. Andere Wege zur Arrondierung des Grundbesitzes als die im Entwurf eingeschlagenen, versprechen einen gleichen Erfolg nicht. Die Majoritätsbildung für den Antrag auf Zusammenlegung können wir nicht nach der Kopfzahl eintreten lassen, sonst bliebe das ganze Gesetz ein todter Buchstabe, wie es einem Gesetze dieser Tendenz in Bayern ergangen ist; es muß nach der Fläche und dem Katastraleintrag erfolgen. Die Schwierigkeiten, welche dem Entwurf entgegenstehen, werden von der Regierung keineswegs verkannt, und das Rheinische Oberlandesgericht hat sich allerdings gegen die Vorlage ausgesprochen; aber die abstrakt erweisenden Juristen können bei solchen Vorlagen wirtschaftlicher Natur, die ein reines Wohlhabensinteresse für die ländliche Bevölkerung haben, nicht die einzigen kompetenten Autoritäten sein.

Abg. Knebel dankt der Staatsregierung für die Einbringung der Vorlage, welche wesentlich in Folge des Einflusses des Abgeordneten Reichensperger den Rheinländern so lange vorenthalten geblieben sei. Der Umkreis in den Anschauungen der interessierten Bevölkerung bezüglich der Ziele des Entwurfs könne am schlagendsten bei dem landwirtschaftlichen Verein für Rheinpreußen beobachtet werden, welcher in den fünfziger Jahren noch fast ganz gegen die Zusammenlegung, im letzten Jahre aber einstimmig für dieselbe eingetreten sei. Wer es mit den Rheinischen Bauern gut meine, müsse mitwirken dahin, daß der Entwurf baldigt und in möglichst weitem Umfange Gesetz werde; der rapide Fortschritt der Parzellierung bedürfte eine täglich wachsende Gefahr über die rationelle Bewirtschaftung des Bodens herauf.

Abg. Bachem: Das Eintreten des Vortredners für das Gesetz kann Niemand Wunder nehmen, denn es liegt hier ein Verhältnis vor, wie des Vaters zum Kinde; Herr Knebel hat Jahre lang für das Zustandekommen der Vorlage gewirkt. Ich beantrage, die Vorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zu überwiesen und empfehle derselben die möglichste Vorlicht und Zurückhaltung bei der Beratung. In der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Rheinprovinz besteht keine Sehnsucht nach dem Gesetz, auf dem Provinziallandtag sind es die Vertreter der Städte gewesen, welche dem Entwurf zur Annahme verholfen. Auffällig war es mir, daß die „Rheinische Zeitung“ in einem Artikel das Gesetz beschwor, der zum Teil wörtlich mit den Motiven der Vorlage übereinstimmt; es sollte also von Berlin aus für den Entwurf Stimmung gemacht werden. Der Rheinische Bauernverein hat sich mit seinen 16 000 Mitgliedern ebenso wie das Oberlandesgericht gegen die Vorlage ausgesprochen, und die Zustimmung zu derselben im Provinziallandtag hat sich eben nur auf die Tendenz der Konsolidation beschränkt. Aus der Geschichte der Konsolidationsbestrebungen im Rheinlande gehe hervor, daß die Meistinteressierten nicht die kleinen Landwirthe, sondern die Mitglieder der hauseigenen Bauernvereine, die Rheinische Bauernvereine, genug, um gegebenen Falls zu erkennen, ob eine Zusammenlegung vortheilhaft für ihn ist oder nicht. Unter allen Umständen muß aber, bei den Zusammenlegungen der Gemeinden ein gewichtiges Wort mitzusprechen, eingeräumt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Gynern kann es nicht verstehen, daß zwei Juristen der Rheinprovinz das Bedürfnis für die Vorlage leugnen, während die Zersplitterung des Bodens in wahrhaft bedrückender Masse fortschreite und die schlechte Rheinische Hypothekenordnung das Uebel noch vermehre. Es stehe den beiden Herren schlecht an, die Qualität der Majorität im Provinziallandtag zu demängeln, freilich hätten sie an der Bevölkerung auch keinen Rückhalt. Der vom Abg. Bachem mit Empfehlung angeführte Bauernverein haben den bekannten Freiherrn Freig v. Los zum Präsidenten, einen Herrn, der für die Rheinländer alles andere, nur keinen Bauern darstelle. Mit der Kommissionberatung sei er einverstanden.

Justizminister Friedberg: Auch die Ausarbeitung einer neuen Hypothekenordnung für das Rheingebiet ist bereits in Angriff genommen, und die Beschlüsse des Provinziallandtags zu dem von uns aufgestellten Entwurf bereits vorliegen, so wird derselbe dem Landtage binnen Kurzem zugehen. (Beifall.) Dieser Entwurf steht indess durchaus selbstständig da und wird unabhängig von dem Konsolidationsgesetz weiter gefördert werden.

Abg. Wiesenbach schließt sich den Ausführungen des Abg. Reichensperger durchaus an und erklärt auch die Kom-

petenz des Bauernvereins für zweifellos; der Freiherr v. Los sei mehr oder doch gewiß ein eben solcher Bauer wie der Herr v. Gynern. (Heiterkeit.)

Abg. Schreiber (Koburg) erklärt namens der konservativen Partei die Zustimmung zu dem Entwurf und zu dessen Prüfung in einer Kommission. Mit dem Zustandekommen des Gesetzes sei es aber nicht gethan, es müsse auch bei der Ausführung den Bauern der Rheinprovinz ein gutes Beispiel gegeben werden. Schreiten die Arbeiten der Verkopplung auf voran, dann werde die Bevölkerung den Vortheilen des Gesetzes sich nicht verschließen; im entgegengesetzten Falle entspreche in den beeheligen Kreisen ein Mißtrauen, gegen das gar nicht aufzukommen sei.

Nachdem noch die Abgg. Koeren und Claessen (Zentrum) sich wesentlich im Sinne der Ausführungen des Abg. Reichensperger geäußert, wird die Vorlage an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

In der ersten Lesung des Gesegentwurfs betr. die Konsolidation, die Ablösung der Servituten und die Theilung der Gemeindegrenzen für die hohenzollernschen Lande erhebt Abg. Schmid (Hohenzollern) ebenfalls Einspruch gegen den vorgeschlagenen Modus der Majoritätsbildung, der demjenigen in dem Rheinischen Entwurf entspricht, und erklärt es für viel natürlicher, wenn man der kleinen Exklave Hohenzollern die Konsolidationsgesetzgebung der Nachbarstaaten Württemberg und Baden gebe, wo der Antrag von der Hälfte der Befizer, welche zugleich die Hälfte des Besitzes repräsentiren, gestellt werden müßte. Die Separation in Preußen hätte zum Verschwinden des Mittelstandes, zur scharfen Gegenüberstellung von Aristokraten und Proletariat, von großem Reichthum und großer Armuth geführt. Für solche Zustände bedanke sich Hohenzollern, das sich noch eines kräftigen, gesunden Mittelstandes rühme. Ein Wergeregulirungsgesetz würde dieselben Vortheile gewähren, wie diese Vorlage, ohne die Nachteile derselben. Jedenfalls gänze er dem Entwurf eher in der Kommission die ewige Ruhe, als daß er dessen unveränderte Rückkehr in das Plenum gutheißend wänne.

Nach einer kurzen Entgegnung des Abg. von Quast wird der Entwurf der vorhin beschlossenen Kommission überwiesen.

Gegen 3 Uhr wird trotz des mehrfachen aus dem Hause laut werdenden Rufes nach Vertagung in die zweite Beratung des Staatshaushaltsetats für 1885/86 eingetreten.

Beim Etat der Domänenverwaltung bespricht Abg. v. Minnigerode die vorgelegte Nachweisung über die anderweitige Verpachtung von Domänenvorweiden und bittet den Minister, gegen die Pächter im Allgemeinen und namentlich bei Neuverpachtungen gegen die bisherigen Pächter billige Rücksicht zu üben.

Abg. Quast ersucht den Minister für Landwirtschaft, in den Nachweisungen künftig auch den Pachtpreis pro Hektar für jede einzelne Pachtung ersichtlich zu machen.

Minister Lucius sagt die Erfüllung dieser Bitte zu. Die vom Abg. v. Minnigerode angetragene Frage sei nicht so einfach zu lösen; jede einzelne Rücksichtnahme sei geeignet, den Chef der Verwaltung mindestens in den Verdacht des Repotismus zu bringen. Die Verpachtungsergebnisse zeigen allerdings das Vorhandensein ernsthafter Kalamitäten für die Landwirtschaft. Die Ursachen dieser Kalamität seien niedriger als je, während andererseits heute feststehe, daß die Getreidepreise den Schwankungen der Getreidepreise gegenüber gar nicht in Betracht kommen. Die wirtschaftliche Gegenüberstellung in diesen Kalamitäten nicht schuld; die deutsche Zuckerindustrie sei zu einer herrschenden in Europa geworden. Führt die heutige Krise dahin, die Zuckerindustrie ganz aufzugeben, so wäre das der tödtlichste Schlag für die deutsche Landwirtschaft. Es sei also jetzt die erste Pflicht, dieser Industrie mit allen Mitteln beizuspringen und sie vor weiterem Niedergange zu bewahren. Systemänderungen im gegenwärtigen Augenblicke könnten leicht verhängnisvoll werden; die Regierung stehe demnach auch den Steuerreformprojekten auf diesem Gebiete feil gegenüber. (Beifall rechts.) Dasselbe gelte in etwas geringerm Umfange von der Spiritusindustrie. Die Spiritpreise seien heute niedriger als vor 25 Jahren; die Produktion habe sich in den letzten 30 Jahren verdreifacht. Die technischen landwirtschaftlichen Gewerbe müßten also mit besonderer Vorsicht behandelt, und jede Systemänderung vor der Hand perhoben werden.

Abg. Drieschel drückt sein Erstaunen darüber aus, daß der Minister ohne unmittelbaren Anlaß sich so eingehend über die Lage der Landwirtschaft geäußert habe. Die ganze Reihe seiner dankenswerthen Mittheilungen habe leider nur einen akademischen Werth, da diese Fragen endgiltig nicht hier, sondern im Reichstage entschieden werden. Wenn der Minister habe darthun wollen, daß die Gesetzgebung eine Industrie zur Blüthe bringen könne, so habe er Recht; aber damit werde das Uebel nicht aus der Welt geschafft, welches jetzt, seitdem das Bonifikationssystem sich verhandelt habe, über die Zuckerindustrie hereinbreche. Die Liberalen hätten die Krise schon vor 2 Jahren vorausgesehen; die maßgebenden Kreise hätten aber hartnäckig ihre Augen verschlossen und die Ueberschreitung des rächtigen Maßes ruhig mit angesehen. Die Zuckerindustrie Deutschlands könne gerade durch das belobte Bonifikationssystem zum größten Schaden kommen, wenn es England einfallen sollte, dieses System zu adoptiren; eine darauf gerichtete Bewegung mache sich in England längst sehr bemerkbar. Die Getreidepreise seien relativ in den letzten fünf Jahren recht hoch gewesen und könnten als Beweis für die Unrentabilität des Anbaues nicht ins Feld geführt werden. Die 24 Millionen De-Richt seien im Wesentlichen ein Produkt der künstlichen Blüthe der Zuckerindustrie.

Auf eine Anfrage des Abg. Wächtemann erwidert der Minister, daß die Erhebungen über die ländlichen Nothstandsverhältnisse zu nuce dem in den nächsten Tagen erscheinenden landwirtschaftlichen Verwaltungsbericht für 1882, 1883 und 1884 einverleibt werden sollen. Von den Erhebungen selbst wird dem Hause eine genügende Anzahl von Exemplaren zugehen.

Eine Reihe von Titeln des Domänenetats wird hierauf bewilligt.

Um 4 Uhr vertagt das Haus die weitere Etatberatung auf Freitag 11 Uhr.

lokales.

g. Die in neuerer Zeit in der Nähe Berlins verübten Einbruchdiebstähle lassen darauf schließen, daß unsere Herren Einbrecher, veranlaßt durch die scharfe Aussicht der Berliner Kriminalpolizei, ihr Glück in den nahe gelegenen Städten versuchen. Zu diesen in den letzten Tagen verübten Einbrüchen gehört ein sehr bedeutender bei dem Rentner Schönl in Schwedt a. D., bei welchem nach einer den Polizeibehörden zugegangenen Mittheilung bei dieser Gelegenheit folgende Objekte gestohlen worden sind: 6950 M. in baarem Gelde, eine goldene Remontoiruhr mit goldener Vorderkapsel und langer, schwerer, aus langen Schalen gebildeter Kette, eine goldene Damenuhr, zwei Kapselringe, von denen der eine mit braunen Granatsteinen versehen ist, ein goldener Trauring, ein goldenes Halsgeschmeide mit braunen Granatsteinen, ferner zwei Schuldscheine über je 234 M. auf den Namen Küster, ein Schuldschein über 48 Mark auf den Namen Popnow und ein Schuldschein auf den Namen Ahmann lautend. Vielleicht gelingt es, den Thäter bei Verkauf der entwendeten Gegenstände festzunehmen.

a. Wegen Verbreitung werthloser Dollarnoten der amerikanischen Südstaaten aus der Zeit des nord-südamerikanischen Bürgerkrieges ist heut der wegen Betruges bereits vor-

bestrafte Kaufmann Schüler zur Haft gebracht worden. Schüler ist in folgender eigenthümlicher Weise in den Besitz der Banknoten gelangt. Der hiesige Kaufmann J. kam mit seinem Freunde, dem Optiker K., am Neujahrstage 1884 in den Reichsballen am Dönhofsplatz zusammen. Bei dieser Zusammenkunft übergab J. dem K. sieben Dollarnoten — zwei 100-Dollarnoten, eine 50-Dollarnote, zwei 10-Dollarnoten und zwei 5-Dollarnoten — der südamerikanischen Unionsstaaten Georgia und Alabama und der vereinigten Südstaaten, um diese Bapiere, welche J. dem K. gegenüber ausdrücklich für werthlos erklärte, seinen Kindern zum Spielen mitzugeben. K. nahm diese Noten mit, zeigte sie seiner Frau und seinen Kindern, wobei er ihre Werthlosigkeit betonte, und verschloß sie, um etwaigen Mißbrauch zu verhüten, in seinem Schreibpult. Mehrere Monate später zeigte Frau K. diese Noten ihrer Nichte, der Tochter eines Produzentenhändlers, welche eine der Noten mitnahm, um sie ihrem kleinen Bruder zum Spielen zu geben. Ihr älterer Bruder, ein junger Mann, nahm aber dem kleinen Bruder die Note ab und brachte sie dem ihm bekannten Kaufmann Schüler, welcher gleichfalls die Note für werthlos erklärte, nichtsdessenweniger aber den Ueberschreiber überredete, ihm die übrigen 6 Noten von seinem Onkel zu verschaffen. Dies gelang auch dem Neffen unter dem Vorgeben, die Noten Kindern zum Spielen geben zu wollen, und Schüler gelangte so in den Besitz der Noten. An sechs Stellen, durchweg in Cigarrengeschäften, hat Schüler diese Noten als echt verausgabt, resp. in deutsches Geld umgewechselt, wobei er sich der Hilfe eines mit ihm zusammenwohnenden jungen Mannes bediente. Die beiden jungen Leute, die dem Schüler bei der Verausgabung der Noten behilflich gewesen sind, da sie in gutem Glauben gehandelt zu haben scheinen, nach ihrer Sistirung wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

N. Sensationeller Selbstmord. Götz's Auffehen dürfte die Kunde von dem am Dienstag Abend verübten Selbstmord eines der größten Federzeichner Berlins, eines in der Langestraße wohnenden Herrn W. erregen. Derselbe verließ am genannten Tage Berlin, angeblich um eine Geschäftsreise nach Schildhorn zu machen, von der er jedoch nicht wieder zurückkehrte. W. hat sich dort nach seiner Ankunft vergiftet, nachdem er zuvor in einem Briefe Abschied von den Seinen genommen. Der Lebensmüde hinterließ einen Sohn im Alter von 14 Jahren und eine Tochter von 17 Jahren. Die sofort von der unglücklichen That in Kenntniß gesetzte Frau W. ist nach Schildhorn bereits abgereist, um die Leiche ihres Mannes dort bestatten zu lassen.

N. Feuer auf der Rousseau-Insel. Ein heller Feuerchein, der in der vorvergangenen Nacht gegen 11 Uhr von der Rousseau-Insel her aufleuchtete, setzte um die angegebene Zeit die Adjazenten der Thiergartenstraße und Umgegend in große Aufregung. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise war in einer zur Eisbahn an der Rousseau-Insel gehörigen Erfrischungsbude ein Feuer ausgekommen, das bei seiner Entdeckung durch den dort angestellten Privatwächter bereits ganz bedeutende Dimensionen angenommen hatte. Ehe eine Alarmirung der Feuerwehr möglich war, war die ganze Bude in sich zusammengebrochen, so daß die weitere Abklärung nun weiter keine Schwierigkeiten mehr machte. Die Bude gehörte dem an der Rousseau-Insel mit der Delonomie betrauten Restaurateur Noel; der angerichtete Schaden wird auf circa 1500 Mark angegeben.

Im Belle-Alliance-Theater findet morgen die hundertste Aufführung des Schönbach'schen Schwanks „Der Raub der Sabinerinnen“ statt. Vom Wallner-Theater wirken Fel. Weinf, Koch und Köppler, sowie die Herren Guiberg, Niedt und Gochsle, von der hiesigen Bühne Fel. Fröhlich und die Herren Dorn und Straßmann mit.

Im „Deutschen Theater“ wird am Sonntag Frau Niemann außer der „Margarethe“ in den „Dagestolzen“ auch vorher noch die „Marianne“ in den „Schwärmern“ spielen. Den Schluß des Abends bildet „Ein Gut“.

Polizei-Bericht. Am 21. d. Mts., Mittags, erschloß sich auf dem Abort des Bahnhofes Friedrichstraße ein Mann mittelst Revolvers. Die Leiche wurde nach dem Obduktionshause geschafft. Als am Nachmittage desselben Tages die in der Postementenfabrik von Kessler, Alte Jakobstraße 120, beschäftigte Arbeiterin Röder von der im Betriebe befindlichen Welle eine ihr entfallene Wollsträhne aufzunehmen versuchte, gerieth sie dabei mit der linken Hand ins Getriebe und wurde ihr der Daumen abgeriffen. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde sie nach Belbanien gebracht. — Um dieselbe Zeit fiel ein Herr beim Schlittschuhlaufen an der Rousseau-Insel und brach den rechten Unterarm. Er wurde mittelst Droschke nach seiner Wohnung in Charlottenburg gebracht. — Am 21. d. Mts. Abends wurde ein unbekannter, dem Arbeiterstande angehörender Mann von etwa 30 Jahren, am Domkirchhofe in der Müllerstraße völlig erschoten auf dem Bürgersteige liegend, aufgefunden und nach der Charité gebracht. — Am 21. d. Mts. fanden zwei unbedeutende Brande statt, und zwar Markgrafenstraße 39/40 und Leipzigerstraße 36, wo die Holzbedeckung und zum Theil der Inhalt der Säulenfenster, und Spandauerstraße 1a, wo der Fußboden vor einem Ofen in Brand gerathen war. — In der Nacht zum 22. d. Mts. entstand aus noch nicht ermittelter Veranlassung in der Restaurationsbude auf der Eisbahn an der Rousseau-Insel Feuer und brannte dieselbe ganz nieder.

Gerichts-Zeitung.

Darmstadt, 19. Januar. Heute gelangte vor der Strafkammer des Landgerichts die Verurteilung in Sachen des wegen Beleidigung des Schumanns Stein zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilten Redakteurs der sozialistischen „Darmst. Freien Presse“, Adam Leiffler, zur Verhandlung, die damit endigte, daß die Strafe für den durch Rechtsanwält Schädler vertheidigten Angeklagten auf eine Woche Gefängniß ermäßigt wurde.

Dortmund, 20. Januar. Gestern und heute hatte das Schwurgericht über eine recht schwarze That zu befinden. Es handelt sich um den Lustmord, begangen in der Nacht vom 2. zum 3. Juni v. J. (vom Pfingstmontag zum Pfingstdienstag) an der Dienstmagd Anna Höte aus Rhyern. Beschuldigt dieses Verbrechens betrat die Anklagebank der am 6. April 1866 in Kieselbach bei Eisenach geborene und bislang bei dem Delonom Schulte-Verstraße in Oberbergstraße bei Wehl in Dienst stehende Viehhüter Wilh. Sauerbrei. Der verkommene Geselle ist schon mehrfach und zwar fast ausschließlich wegen Diebstahls verurtheilt, und sein Neugierd läßt auch auf eine rechte Diebesnatur leicht schließen, dagegen sollte man ihn kaum eines solchen Verbrechens, wie ihm hier zur Last gelegt, für fähig halten, vor allem schon deshalb nicht, weil er ein kleiner, unscheinbarer Mensch mit ganz verkrüppelten Füßen und dadurch bedingtem sehr schwerfälligem Gang ist, wengleich er sich sonst einer ziemlich kräftigen körperlichen Konstitution erfreut. Da in der Verhandlung Sachen zur Sprache kommen, welche die gute Sitte zu verletzen geeignet sind, wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Eine Hauptrolle spielt in der ganzen Verhandlung auch wieder der sogenannte „rothe Heinrich“, der seit jenen Tagen die Untersuchung leitenden Richter und Gerichtsbeamten in so ausreichendem Maße beschäftigt hat und der fast durch die gesammte Presse gewandert, aber trotzdem bis hiezu nicht aufgefunden ist. Der Angeklagte gestand bekanntlich gleich nach seiner Verhaftung die That zu, behauptete aber auch gleich nachher, in einem gewissen „rothen Heinrich“ einen Mithäter gehabt zu haben. Die heutigen Angaben in dieser Beziehung wie im allgemeinen sind folgende: Die Anna Höte habe am Tage vor Pfingsten (31. Mai) den gemeinschaftlich innegehabten Dienst bei Schulte-Verstraße verlassen und sich nach Rhyern begeben. Am zweiten Pfingsttage sei sie zurückgekommen, um

